

Gutes Essen für Deutschland

Ernährungsstrategie der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Gutes Essen für Deutschland	1
Ernährungsstrategie der Bundesregierung	1
I. Einführung	1
A. Ausgangslage.....	1
1. Individuelle/ kulturelle Dimension	1
2. Gesundheitliche Dimension	2
3. Ökologische Dimension	5
4. Sozioökonomische Dimension	6
B. Anspruch und Zielbild	7
1. Vision	8
2. Mission	9
3. Strategische Ziele.....	10
a) Ausgewogen essen und ausreichend bewegen – angemessene Nährstoff- und Energieversorgung und Bewegung unterstützen.....	10
b) Mehr Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte – pflanzenbetonte Ernährung stärken	10
c) Gesund aufwachsen und gesund alt werden – sozial gerechten Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung schaffen.....	10
d) Vielseitig essen in Kindertagesbetreuung, Schule und Kantine – Gemeinschaftsverpflegung verbessern.....	10
e) Gutes Essen für uns und unsere Erde – Angebot nachhaltig und ökologisch produzierter Lebensmittel erhöhen.....	11
f) Essen wertschätzen – Lebensmittelverschwendung reduzieren	11
4. Strukturelle Ansätze des Bundes.....	11
a) Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebungen.....	12
b) Gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster	12
c) Effiziente Strukturen und Prozesse	12
d) Kontinuierliche Forschung.....	12
C. Vorgehensweise.....	12
1. Partizipative Erarbeitung	12
2. Mehrphasiger Ansatz	14

3.	Mehrpoliger Ansatz.....	14
4.	Reflexiver Ansatz.....	14
II.	Hauptteil	14
A.	Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebungen	15
1.	Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung	15
2.	Gestaltung der Konsumlandschaft.....	22
3.	Soziale Aspekte der Ernährung	27
4.	Querbezüge zur nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und -versorgung.....	30
B.	Gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster	36
1.	Ernährungsempfehlungen.....	36
2.	Ernährungskommunikation und -information	41
3.	Ernährungsbildung.....	44
4.	Prävention	47
5.	Ernährung und Bewegung gemeinsam denken	55
C.	Effiziente Strukturen und Prozesse	58
D.	Kontinuierliche Forschung.....	62
III.	Ausblick	67

Abkürzungsverzeichnis

AHV	Außer-Haus-Verpflegung
AWMF	Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften
BfR	Bundesinstitut für Risikobewertung
Bio-AHVV	Bio-Außer-Haus-Verpflegung-Verordnung
BLS	Bundeslebensmittelschlüssel
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BÖL	Bundesprogramm Ökologischer Landbau
BZfE	Bundeszentrum für Ernährung
DIFE	Deutsches Institut für Ernährungsforschung
DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
EPS	Eiweißpflanzenstrategie
EsKiMo	Ernährungsstudie als KiGGS-Modul
FAO	Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
JPI HDHL	Joint Programming Initiative „A Healthy Diet for a Healthy Life“ (Gemeinsame Programminitiative “Eine gesunde Ernährung für ein gesundes Leben“)
KiESEL	Kinder-Ernährungsstudie zur Erfassung des Lebensmittelverzehr
KiGGS	Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
MRI	Max Rubner-Institut
NPK	Nationale Präventionskonferenz
NPP	Nationaler Präventionsplan

NQZ	Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule
NRI	Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten
NVS	Nationale Verzehrsstudie
ÖGD	Öffentlicher Gesundheitsdienst
PKV	Verband der privaten Krankenversicherung e. V.
RIWERT	Richtlinie zur Förderung von Bio-Wertschöpfungsketten
RKI	Robert Koch-Institut
TI	Thünen-Institut
UBA	Umweltbundesamt
UN FSS	UN Food Systems Summit (UN-Weltgipfel zu Ernährungssystemen)
WBAE	Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
ZKL	Zukunftskommission Landwirtschaft
ZöL	Zukunftsstrategie ökologischer Landbau

Gutes Essen für Deutschland

Ernährungsstrategie der Bundesregierung

I. Einführung

A. Ausgangslage

Essen und Trinken sind Grundbedürfnisse – und gleichzeitig so viel mehr. Unsere Ernährung kann mit Genuss, Verbundenheit, Tradition und Miteinander verknüpft sein. Sie ist zudem oft Ausdruck unserer Kultur, eines Lebensgefühls oder Mittel zur Selbstverwirklichung.

Wie und was wir essen beeinflusst nicht nur unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden. Es wirkt sich auch auf unsere Lebensgrundlagen aus: auf Umwelt und Klima, auf Tiere und die Artenvielfalt in Deutschland und weltweit. Das heißt: Gute Ernährung, also eine gesunde und nachhaltige Ernährungsweise, tut nicht nur jedem einzelnen Menschen gut, indem sie die Gesundheit stärkt, die physische und psychische Verfassung positiv beeinflusst und hilft, Krankheiten zu vermeiden. Sie ist gleichzeitig auch gut für den Planeten.

In Deutschland haben Bürgerinnen und Bürger eine große Auswahl an vielfältigen sowie hochwertigen Lebensmitteln. Jede staatliche Initiative für gesündere Ernährung muss daher auch die Bereitschaft der Menschen unterstützen, ihre individuellen Ernährungsgewohnheiten zu hinterfragen. Der Ernährungsreport 2023 zeigt, dass der Gesundheitsaspekt der Ernährung für 91 Prozent der Menschen wichtig ist. 74 Prozent legen Wert darauf, dass ein Lebensmittel umwelt- und ressourcenschonend produziert wurde. Die meisten Menschen wollen gesund und nachhaltig essen. Wir wollen die Handlungsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher im Alltag unterstützen. Gerade weil Ernährung alltäglich ist, ist sie ein zentraler Schlüssel für Veränderung. Diese Chance für die individuelle und die planetare Gesundheit wollen wir mit der Ernährungsstrategie nutzen. Sie soll einen wichtigen Beitrag zur Transformation leisten: Hin zu einem ressourcen- und klimaschonenden sowie nachhaltigen Wirtschaften.

1. Individuelle/ kulturelle Dimension

Unsere Ernährungsweise ist Ausdruck unseres Geschmacks, unserer Wertvorstellungen und unserer Entscheidungen. Sie wird beeinflusst durch unser soziales, wirtschaftliches und kulturelles Umfeld. Ernährung ist zudem weitgehend eine Frage von Gewohnheiten. Vielfach sind die Lebensmittel, zu denen wir greifen, Teil einer gefestigten Routine. Diese wird vielfältig geprägt – etwa durch unsere Familien, unsere Arbeitswelt und unseren Alltag. Sie ist zugleich das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen, sodass auch unsere Esskultur einem Wandel unterliegt.

Obwohl sich viele Menschen gesund und nachhaltig ernähren möchten, entsprechen die durchschnittlichen Ernährungsgewohnheiten nicht den aktuellen Empfehlungen.¹ Das zeigt: Ein erhöhtes Bewusstsein für gesunde und nachhaltige Ernährung allein reicht in der Regel nicht aus, um das Essverhalten auch tatsächlich zu verbessern – eine Umstellung der Ernährung muss auch alltagstauglich sein. Dabei gibt es viele Hindernisse: Verunsicherung durch komplexe Informationen, eine vielfältige Angebots- und Produktpalette, Sprachbarrieren oder schlicht ein Fehlen von Wissen, Zeit oder finanziellen Mitteln.

Eine entscheidende Voraussetzung für gute Ernährung ist die Verbesserung von Ernährungsumgebungen, d. h. den Rahmenbedingungen, die es Menschen situativ noch zu schwer machen, sich gut zu ernähren. Sie sind häufig so gestaltet, dass es nur mit großem Aufwand möglich ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren.

2. Gesundheitliche Dimension

Wer sich gesundheitsförderlich ernähren will, muss auf eine angemessene Energiezufuhr und auf die ausreichende Versorgung mit Nährstoffen achten. Studiendaten des Robert Koch-Instituts (RKI) aus 2019/2020 zum Lebensstil haben gezeigt, dass weniger als die Hälfte der Frauen (45 Prozent) und nur etwa ein Viertel der Männer (24 Prozent) täglich Gemüse und Obst verzehren.² Zahlen aus 2022 zeigen, dass nur die Hälfte der Kinder und Jugendlichen täglich sowohl Gemüse als auch Obst aß. Jeder Dritte der 12-17-Jährigen trank mindestens drei- bis viermal pro Woche zuckerhaltige Erfrischungsgetränke.³

Die tägliche Zufuhr an Zucker, Fetten (insbesondere gesättigten Fettsäuren) und Salz übersteigt in weiten Teilen der Bevölkerung die geltenden Empfehlungen. Mit durchschnittlich rund einem Kilogramm Fleisch- und Wurstwaren pro Woche und Kopf liegt der Fleischverzehr in Deutschland zwar so niedrig wie nie seit Beginn der Erhebung des Verzehrs in 1989,⁴ aber immer noch deutlich über der Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE).

¹ Vgl. Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) oder der EAT-Lancet-Kommission, welche weitreichende Übereinstimmungen aufweisen. Die EAT-Lancet Kommission veröffentlichte mit der Planetary Health Diet ein globales Konzept, um eine Weltbevölkerung von 10 Mrd. Menschen im Jahr 2050 innerhalb der planetaren Grenzen zu ernähren. Siehe: Eat-Lancet Commission (2019): Food. Planet. Health. Summary Report of the EAT-Lancet Commission. https://eatforum.org/content/uploads/2019/07/EAT-Lancet_Commission_Summary_Report.pdf. Siehe auch DGE (2022): DGE (2022): DGE-Stellungnahme zur Planetary Health Diet (2022/12) [Pressemeldung]. <https://www.dge.de/presse/meldungen/2022/dge-stellungnahme-zur-planetary-health-diet/>.

² Richter A. et al. (2021): Gesundheitsfördernde Verhaltensweisen bei Erwachsenen in Deutschland – Ergebnisse der Studie GEDA 2019/2020-EHIS. In: Journal of Health Monitoring 2021 6(3). DOI 10.25646/8460.2, S. 50.

³ RKI (2023): 3. Quartalsbericht – Kindergesundheit in Deutschland aktuell (KIDA): Monitoring der Kindergesundheit in (und nach) der COVID-19-Pandemie. Schwerpunkt Ernährungsverhalten. Ergebnisse des KIDA-Erhebungszeitraum 04/2022 – 11/2022. RKI (2023), S. 3.

⁴ BLE (2023): Fleischverzehr 2022 auf Tiefstand, https://www.ble.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/230403_Fleischverzehr.html.

Der durchschnittliche Fischverzehr liegt in Deutschland aktuell unter den Empfehlungen der DGE und der EAT-Lancet Kommission.⁵ Die DGE empfiehlt den wöchentlichen Verzehr von ein bis zwei Portionen Fisch aus nachhaltiger Fischerei oder Aquakultur.

Eine unausgewogene Ernährung erhöht – gerade in Kombination mit fehlender Bewegung – das Risiko für Übergewicht und Adipositas⁶ und kann damit ernährungsmitbedingte Erkrankungen wie Diabetes mellitus Typ 2 und Herz-Kreislauf-Erkrankungen begünstigen. Dies hat physische und z. T. psychische Folgen für den Einzelnen und führt zu Folgekosten für die Gesellschaft. Ein hoher Konsum von rotem und verarbeitetem Fleisch erhöht das Risiko, an Dickdarmkrebs, Brustkrebs oder Diabetes mellitus Typ 2 zu erkranken.⁷

Zufuhrempfehlungen und tatsächliche mediane Zufuhr von Salz, Zucker und Fetten bei Kindern und Jugendlichen (3-17 Jahre), basierend auf der zweiten Welle der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland des RKI (KiGGS-W2, 2014-2017), der „Ernährungsstudie als KiGGS-Modul II“ (EsKiMo II, 2015-2017) und der „Kinder-Ernährungsstudie zur Erfassung des Lebensmittelverzehrs“ (KiESEL, 2014-2017) des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR).

	Zufuhrempfehlung bzw. Referenzwert der DGE für Kinder und Jugendliche	Zufuhr in Deutschland bei Kindern und Jugendlichen
Salz	≤ 3–6 g pro Tag	6,5 g pro Tag (KiGGS-W2)
Freie Zucker⁸	< 10 En% ⁹	16,8-18,8 En% ¹⁰ (KiESEL, EsKiMo II) ¹¹
Fett	30-35 En% (4 bis < 15 Jahre)	32,0-33,9 En% (3 bis < 15 Jahre; KiESEL, EsKiMo II)
Gesättigte Fettsäuren	≤ 10 En%	15,3-15,5 En% (3 bis 5 Jahre; KiESEL) > 10 En% ¹² (6 bis 17 Jahre; EsKiMo II)

⁵ Siehe Eat-Lancet Commission (2019).

⁶ Übergewicht: Körpermassenindex ≥ 25 kg/m², Adipositas: ≥ 30 kg/m².

⁷ DGE (2020): 14. DGE-Ernährungsbericht. Bonn.

⁸ Freie Zucker umfassen Mono- und Disaccharide, die Hersteller oder Verbraucher Lebensmitteln zusetzen, sowie in Honig, Sirupen, Fruchtsaftkonzentraten und Fruchtsäften natürlich vorkommende Zucker.

⁹ als Prozent der täglichen Energiezufuhr.

¹⁰ abhängig von Alter und Geschlecht.

¹¹ hier bezogen auf die durchschnittliche Zufuhr.

¹² konkreter Wert nicht publiziert.

Die direkten Gesundheitskosten einer zu hohen Aufnahme von Zucker, Salz und gesättigten Fettsäuren wurden für das Jahr 2008 auf 16,8 Milliarden Euro geschätzt. Das entsprach sieben Prozent der gesamten Behandlungskosten in Deutschland.¹³ Die gesamtgesellschaftlichen Kosten von Adipositas in Deutschland belaufen sich laut einer Studie aus 2015 auf etwa 63 Milliarden Euro pro Jahr.¹⁴

Die Krankheitslast durch chronische nicht übertragbare und oft ernährungsmitbedingte Krankheiten wie Diabetes mellitus Typ 2 und Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist hoch. Das hat teils schwerwiegende Folgen für die Lebensqualität und -erwartung der betroffenen Menschen. Ungesunde Ernährung wird in Deutschland mit 14 Prozent aller Todesfälle in Verbindung gebracht.¹⁵ Mit derzeit mindestens 8,5 Millionen Menschen in Deutschland, die an Diabetes mellitus Typ 2 erkrankt sind, ist diese Zahl so hoch wie nie zuvor.¹⁶

Allein unter den Kindern und Jugendlichen in Deutschland sind derzeit rund 15 Prozent übergewichtig, darunter knapp sechs Prozent adipös.¹⁷ Kinder und Jugendliche mit niedrigem sozioökonomischem Status¹⁸ und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund¹⁹ sind hiervon häufiger betroffen.²⁰ In der Phase der Covid-19-Pandemie traten diese Unterschiede noch deutlicher zu Tage.²¹ Im Laufe der Kindheit wird das Ernährungsverhalten entscheidend geprägt. Daher ist diese Lebensphase der entscheidende Ansatzpunkt für dauerhaft wirkende Maßnahmen zur Prävention von Übergewicht und Adipositas.

Der menschliche Körper ist auf die Versorgung mit Makro- und Mikronährstoffen²² über die Ernährung angewiesen. Makro- und Mikronährstoffe spielen eine wichtige Rolle für das Wachstum, die Entwicklung und die Aufrechterhaltung der Gesundheit. Nicht wenige Kinder

¹³ Meier T. et al. (2015): Healthcare Costs Associated with an Adequate Intake of Sugars, Salt and Saturated Fat in Germany: A Health Econometrical Analysis. *PLoS ONE* 10(9): e0135990. doi:10.1371/journal.pone. 0135990.

¹⁴ Effertz T. et al. (2016): The costs and consequences of obesity in Germany: a new approach from a prevalence and life-cycle perspective. *Eur J Health Econ.* 2016 Dec;17(9):1141-1158. doi: 10.1007/s10198-015-0751-4. Epub 2015 Dec 23. PMID: 26701837. Diese Zahl umfasst auch indirekte Gesundheitskosten wie beispielsweise krankheitsbedingte Arbeitsausfälle, Frühverrentung oder Witwenrenten.

¹⁵ OECD/European Observatory on Health Systems and Policies (2021): Deutschland: Länderprofil Gesundheit 2021, State of Health in the EU, OECD Publishing, Paris/European Observatory on Health Systems and Policies, Brüssel.

¹⁶ Zahlen aus 2021, zzgl. Dunkelziffer von mind. 2 Millionen, vgl. hierzu: Tönnies T. und W. Rathmann (2022): Epidemiologie des Diabetes in Deutschland, in: Deutsche Diabetes Gesellschaft et al., Deutscher Gesundheitsbericht. Diabetes 2022. Die Bestandsaufnahme, S. 9.

¹⁷ Schienkiewitz et al. (2018): Übergewicht und Adipositas im Kindes- und Jugendalter in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends, in: *Journal of Health Monitoring* 3(1), S. 16–23. DOI 10.17886/RKI-GBE-2018-005.2.

¹⁸ ebd.

¹⁹ Definition Migrationshintergrund: Eine Person hat Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. (Stat. Bundesamt).

²⁰ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind einer Studie zu Folge noch häufiger von Übergewicht betroffen; vgl. Kollochek et al. (2019): Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland, *Journal of Health Monitoring*, 2019 4(3) DOI 10.25646/6070.

²¹ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/fbb00bcf0395b4450d1037616450cfb5/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf>.

²² Makronährstoffe umfassen die drei energieliefernden Bausteine Kohlenhydrate, Proteine und Fette. Mikronährstoffe (Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente) sind für fast alle Prozesse im Körper notwendig.

und Jugendliche im Alter von sechs bis unter 18 Jahren besitzen ein Risiko für eine unzureichende Versorgung mit bestimmten Mikronährstoffen.²³ Bei Kindern kann sich ein Mikronährstoffmangel z. B. durch vermindertes Wachstum, verzögerte Sprachentwicklung oder kognitive Einschränkungen äußern. Auch in anderen Bevölkerungsgruppen ist die Versorgung mit Makro- und Mikronährstoffen nicht adäquat: so wird Mangelernährung, die unterschiedliche Ursachen – wie chronische Erkrankungen, Schmerzen, Appetitverlust, aber auch Fehlernährung – haben kann, beispielsweise auch im Klinik- und Pflegeheimkontext beobachtet.²⁴

Eine gesunde Lebensweise mit ausgewogener Ernährung und ausreichend Bewegung kann dazu beitragen, nicht übertragbaren Krankheiten vorzubeugen, sie zu verzögern oder in ihrem Verlauf günstig zu beeinflussen. Will man gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen schaffen, müssen Ernährung und Bewegung zusammen betrachtet werden.

3. Ökologische Dimension

Wie unsere Lebensmittel produziert, verarbeitet und konsumiert werden, wirkt sich auf unsere Umwelt aus. Das globale Ernährungssystem ist gemäß dem Weltklimarat grob geschätzt für 21-37 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich²⁵ – und für etwa ein Fünftel der Treibhausgasemissionen in Deutschland.²⁶ Das Ernährungssystem ist mitverursachend für das Artensterben und weltweit verantwortlich für 80 Prozent der Landnutzungsänderung.²⁷ Das derzeitige Ernährungssystem stößt an planetare Belastungsgrenzen.

Nachhaltige Anbausysteme wie der ökologische Landbau stehen unter besonderem Erfolgsdruck.

Einen besonders großen ökologischen Fußabdruck haben tierische Lebensmittel. Ihre Erzeugung geht mit einem hohen Einsatz endlicher Ressourcen wie Wasser, fruchtbarer Böden, Phosphor und fossiler Energien einher. Rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen

²³ Verbesserungsbedarf wird auch bei der Fettqualität gesehen. Die Versorgung mit den Vitaminen D, E und Folat ist vermutlich unzureichend, da die D-A-CH-Schätzwerte für die Zufuhr von der Mehrheit der Heranwachsenden nicht erreicht werden. Größtenteils über 90 Prozent der Heranwachsenden aller Altersgruppen erreichen die D-A-CH-Referenzwerte für die Zufuhr der Mineralstoffe Jod, Kalium, Calcium und Eisen nicht. Siehe Lehman F. et al. (2020): Nährstoffversorgung und Rahmenbedingungen des Ernährungsverhaltens bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse aus der Ernährungsstudie EsKiMo II. 14. DGE-Ernährungsbericht, S. 114 ff.

²⁴ Laut 14. DGE-Ernährungsbericht 2020 sind international betrachtet knapp 30 Prozent der Patientinnen und Patienten bzw. Bewohnerinnen und Bewohner mangelernährt, siehe DGE (Hrsg.) (2020): 14. DGE-Ernährungsbericht. Bonn. Die letzten (nicht repräsentativen) Auswertungen des *nutritionDay* 2018 (einer weltweiten Initiative zur Bekämpfung von Mangelernährung in Gesundheitseinrichtungen) ergaben, dass in Deutschland laut Angaben des Pflegepersonals 12 Prozent der Patientinnen und Patienten und 11 Prozent der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner mangelernährt sind.

²⁵ IPCC (2019): Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems [P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.-O. Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat, E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P. Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.)]. In press.

²⁶ WBAE (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung – Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Berlin.

²⁷ Benton et al. (2021): Food system impacts on biodiversity loss. Three levers for food system transformation in support of nature. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/2021-02/2021-02-03-food-system-biodiversity-loss-benton-et-al_0.pdf.

weltweit werden für die Produktion tierischer Lebensmittel genutzt, darunter 67 Prozent Gras- und Weideland.²⁸

Eine nachhaltigere und pflanzenbetonte Ernährung ist ein wichtiger Aspekt für die Transformation zu einem ressourcen- und klimaschonenden sowie nachhaltigen Wirtschaften. Zudem ist es wichtig, dass entlang der gesamten Wertschöpfungskette Lebensmittelabfälle und -verluste vermieden werden. Die ökologischen Folgen der Ernährungsweise sind deshalb, neben anderen Faktoren, im Rahmen einer nachhaltigen Ernährungsstrategie einzubeziehen.

Laut Ernährungsreport 2023 ernähren sich 46 Prozent der Befragten in Deutschland flexitarisch, essen also nur gelegentlich Fleisch. Acht Prozent ernähren sich vegetarisch und zwei Prozent der Befragten ernähren sich vegan.²⁹ Mittlerweile gibt es ein breites Sortiment an vegetarischen und veganen Alternativen zu tierischen Lebensmitteln,³⁰ um dem wachsenden Interesse zu entsprechen. In der Gemeinschaftsverpflegung oder in der Gastronomie ist es wichtig, dass pflanzenbetonte Angebote entsprechend der steigenden Kundennachfrage ausgebaut werden.

Die externen Umweltkosten des Ernährungssystems für Deutschland wurden durch die FAO (Food and Agriculture Organization) auf rund 30 Milliarden Dollar pro Jahr beziffert. Zusammen mit den Gesundheitskosten belaufen sich die externen Kosten damit auf rund 328 Milliarden Dollar pro Jahr, was etwa 7 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts von Deutschland ausmacht.³¹

4. Sozioökonomische Dimension

Noch immer ist der leichte und gerechte Zugang aller Menschen zu einer ausreichenden und gesundheitsförderlichen Ernährung ein unerreichtes Ziel. Ernährungsarmut ist als eine qualitativ oder quantitativ unzureichende Ernährung zu verstehen, die auf verschiedenen Ursachen beruhen kann. Dazu zählen unter anderem unzureichender Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung oder mangelnde Ernährungskompetenzen. Dies kann zu gesundheitlichen und sozialen Einschränkungen führen.

In Deutschland hat der sozioökonomische Status wesentlichen Einfluss auf die Ernährung und somit auch auf die Gesundheitschancen der Menschen.³² Menschen mit niedrigem sozio-

²⁸ Fesenfeld, L. et al. (2022): Policy Brief, S. 2 und FAO (2023): World Food and Agriculture – Statistical Yearbook 2023. Rome. S. 3. <https://doi.org/10.4060/cc8166en>.

²⁹ BMEL (2023): Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2023. Berlin, S. 10.

³⁰ Dies korreliert auch mit den Umfragezahlen aus dem Ernährungsreport 2023: 53 Prozent der Befragten haben mindestens einmal vegetarische oder vegane Alternativprodukte zu tierischen Erzeugnissen gekauft. Damit ist der Anteil im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozentpunkte gestiegen. BMEL (2023): BMEL-Ernährungsreport 2023. Berlin, S. 10.

³¹ FAO (2023): The State of Food and Agriculture 2023: Revealing the true cost of food to transform agrifood systems. The State of Food and Agriculture (SOFA) 2023. Rome, Italy: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). <https://doi.org/10.4060/cc7724en>.

³² Rund zwei Drittel der Tafelkundinnen und -kunden in Deutschland leiden an einer oder mehreren chronischen oder ernährungsmitbedingten Krankheiten wie Diabetes Typ 2, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Erkrankungen, Leber und Nierenerkrankungen,

ökonomischen Status erkranken häufiger an Adipositas und haben eine kürzere Lebenserwartung. Eine Mangel- oder Fehlernährung kann Nachteile in der körperlichen und kognitiven Entwicklung von Kindern haben, was wiederum die Chancengleichheit für das weitere Leben verringert. Darüber hinaus ist Ernährung wichtig für die soziale Zugehörigkeit, die wiederum in wechselseitiger Beziehung zur psychischen und physischen Gesundheit steht.

Krisen, wie die Covid-19-Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, haben zu Preissteigerungen und Lieferengpässen geführt. Mittel- bis längerfristig können auch die Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise eine Verknappung des Angebots sowie steigende Produktionskosten nach sich ziehen und zu Preissteigerungen führen. Dies trifft insbesondere finanzschwache Bevölkerungsgruppen, da diese bereits heute einen größeren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Lebensmittel aufbringen müssen und gestiegene Preise für Lebensmittel sie somit relativ stärker belasten. Zudem haben sie keine oder kaum Rücklagen, um gestiegene Preise für Lebensmittel durch Einsparungen an anderer Stelle ausgleichen zu können.

B. Anspruch und Zielbild

Mit der Ernährungsstrategie will die Bundesregierung erreichen, dass es allen Verbraucherinnen und Verbrauchern so einfach wie möglich wird, sich gut zu ernähren. Dabei ergeben sich Synergien zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Tierschutz. Der Zugang für alle zu guter Ernährung ist auch eine Frage von Gerechtigkeit und Teilhabe. Dieser Aspekt, der in Deutschland zu lange ausgeblendet wurde,³³ soll durch die Ernährungsstrategie mehr Berücksichtigung finden. Ein besonderer Fokus soll auf Kindern und Personen mit geringem Einkommen³⁴ liegen.

Ernährung hat eine Schlüsselfunktion – sowohl für die individuelle Gesundheit und das Wohlbefinden als auch für gesellschaftliche Ziele wie den Erhalt der Artenvielfalt oder das Eindämmen der Klimakrise. Sie ist ein wesentlicher Faktor, um unsere nationalen und internationalen Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung soll einen Beitrag leisten zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS),³⁵ zur Erfüllung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens, zur Strategie *Vom Hof auf den Tisch* der Europäischen Kommission,³⁶ zum Folgeprozess des

Gicht, Rheuma, Krebs und Karies, vgl. Depa, J. (2018): Ernährung von sozial benachteiligten Menschen am Beispiel von Tafelkunden. Betrachtung des Ernährungs- und Gesundheitsverhaltens, der Verbreitung von Ernährungsarmut und des Obst- und Gemüsekonsums). Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status haben zudem ein doppelt so hohes Risiko, einen Herzinfarkt und ein dreimal so hohes Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, wie Menschen mit einem höheren sozioökonomischen Status; siehe auch FOES (2021): Ernährungsarmut: In Deutschland (k)ein Thema? Policy Brief. https://foes.de/publikationen/2021/2021-11_FOES_Ernaehrungsarmut_Teil_1.pdf.

³³ WBAE (2023): Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme. Berlin, S. 1.

³⁴ Erfasst sind Betroffene mit geringem Erwerbs- und/oder Transfereinkommen.

³⁵<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-318846>.

³⁶ Engl.: Farm to Fork Strategy, https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-05/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf.

UN Food Systems Summit (UN FSS),³⁷ zur Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder³⁸ sowie zur Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung.³⁹

Die Ernährungsstrategie will zu einer weiteren Verzahnung zwischen Agrar- und Ernährungspolitik beitragen und entsprechend des kollektiven, vereinigenden Prinzips des One Health-Ansatzes⁴⁰ einen Beitrag dazu leisten, die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen. Entsprechend der nationalen und internationalen Klimaziele soll die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland bis 2045 klimaneutral sein.

In mehreren Handlungsfeldern der Ernährungsstrategie gibt es Überschneidungen zu strategischen Aktivitäten des BMEL zur Stärkung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft. Für die Transformation des Agrar- und Ernährungssektors hin zu mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Resilienz spielt die Proteinversorgung von Mensch und Tier eine grundlegende Rolle. Mit dem Handlungsfeld „Querbezüge zur nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und -versorgung“ steht die Ernährungsstrategie in Bezug zur *Eiweißpflanzenstrategie* (EPS) des BMEL. Deren Weiterentwicklung kann entscheidend zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Gesundheit beitragen. Dasselbe Handlungsfeld weist wichtige Querbezüge zur *Nationalen Strategie für genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft* auf, vor allem bei der Unterstützung zur Förderung regionaler oder regionaltypischer Produkte. Die natürliche Vielfalt genetischer Ressourcen bildet die Voraussetzung für resiliente Sorten und Rassen, deren Erhaltung und Nutzung zu einer diversifizierten Landwirtschaft sowie zu regionalen Wertschöpfungsketten beitragen. Bezüge gibt es auch zur Umsetzung der *Nationalen Bioökonomiestrategie*, in deren Rahmen unter anderem die Etablierung einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion adressiert wird.

Darüber hinaus ist die Ernährungsstrategie mit der *Nationalen Strategie zur Stillförderung*, der *Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten* (NRI) und der *Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung* abgestimmt.

Im Folgenden werden Vision (Wo wollen wir hin?) und Mission (Was ist unser Anspruch?) für die Ernährungsstrategie der Bundesregierung dargestellt und strategische Ziele sowie strukturelle Ansätze des Bundes beschrieben.

1. Vision

Bis 2050 ist es für alle Menschen in Deutschland möglich und einfach, sich gut zu ernähren.

³⁷ https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BLE/UNFSS/UNFSS-Abschlussbericht_230524.pdf;jsessionid=6C87FA27BBB31899784C812F6FE26390.internet992?__blob=publicationFile&v=3.

³⁸ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1428&langId=de>.

³⁹ <https://www.fao.org/3/y7937e/y7937e.pdf>.

⁴⁰ <https://www.who.int/news/item/01-12-2021-tripartite-and-unep-support-ohhlep-s-definition-of-one-health>.

Unser Ernährungssystem ist so verändert, dass sich alle gesund und nachhaltig ernähren können – unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen.

Unser Handeln ist auf Vorsorge anstatt auf Nachsorge ausgerichtet.

Im Fokus steht eine stärker pflanzenbetonte Ernährung mit möglichst ökologisch erzeugten, saisonal-regionalen Lebensmitteln und so wenig Lebensmittelabfällen wie möglich. Wir tragen mit unserer Ernährung auch zur Ernährungssicherheit der Zukunft bei.

2. Mission

Wir wollen den Weg dafür bereiten, dass sich unsere Ernährung an den planetaren Grenzen und an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gesunder Ernährung ausrichtet und so dazu beitragen, unser Ernährungssystem zukunftsfest zu machen. Dabei ist uns bewusst, dass Essen vielfältig und persönlich ist.

Gleichzeitig ist Ernährung ein Bereich, der sich stetig durch kreative Ideen weiterentwickelt. Wir wollen diese Dynamik nutzen, um klima- und umweltfreundliche Innovationen im Ernährungssystem zu fördern. Unser Antrieb ist die Freude an gutem Essen – und dass dies auch in Zukunft für alle möglich ist. Wir verlieren dabei die globalen Ernährungsfragen nicht aus dem Blick, denn wie wir uns ernähren, hat Auswirkungen in anderen Ländern.

Die Bundesregierung hat den politischen Auftrag zur Erarbeitung einer Ernährungsstrategie aus dem Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode und der Gesellschaft. Bund und Länder können entscheidend dazu beitragen, ein gesundheitsförderliches Umfeld zu schaffen, das gute Ernährung und Bewegung einfach macht. Wir schaffen mit dieser Strategie die Strukturen, damit sich alle Menschen in Deutschland gut ernähren können.

Wir haben als Bundesregierung die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, die dazu beitragen, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, von Menschen mit Fehl- und Mangelernährung sowie aus armutsgefährdeten und von Armut betroffenen Haushalten zu verbessern. Menschen mit Einwanderungsgeschichte nehmen wir in den Blick, da hier z. B. Kinder und Jugendliche verstärkt soziale und sprachliche Barrieren im Zugang zu Empfehlungen zu gesunder und nachhaltiger Ernährung erfahren können.

Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung zielt auf Maßnahmen in der Zuständigkeit des Bundes ab, die wissenschaftlich fundiert sind und evidenzbasierte Empfehlungen berücksichtigen. Sie soll als Teil einer Mehrebenen-Lösung die Initiativen der Länder und solche auf kommunaler Ebene ergänzen. Wir binden Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Ressorts, Länder und Kommunen eng in die Erarbeitung der Ernährungsstrategie und die Umsetzung der Maßnahmen ein. Die Strategie soll regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden.

3. Strategische Ziele

Aus Vision und Mission leiten wir folgende strategische Ziele ab, um unseren Zukunftsentwurf zu erreichen:

- a) Ausgewogen essen und ausreichend bewegen – angemessene Nährstoff- und Energieversorgung und Bewegung unterstützen

Wir wollen Menschen in Deutschland dabei unterstützen, sich gesund zu ernähren und mehr zu bewegen. Dafür wollen wir es ihnen erleichtern, weniger Zucker, Fette und Salz zu sich zu nehmen und sich ausreichend mit wichtigen Nährstoffen wie Jod, Eisen, Vitamin D und Folat zu versorgen.

Diese Ziele wollen wir u. a. dadurch erreichen, indem wir die *Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten* und den *Nationalen Aktionsplan IN FORM für Ernährung und Bewegung* weiterentwickeln, die EU-weit verpflichtende Einführung des Nutri-Score unterstützen und die an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt einschränken.

- b) Mehr Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte – pflanzenbetonte Ernährung stärken

Ziel ist es, eine pflanzenbetonte Ernährung mit einem hohen Anteil an möglichst unverarbeitetem saisonal- regionalem Gemüse und Obst, ballaststoffreichen Getreideprodukten und Hülsenfrüchten sowie Nüssen einfacher zugänglich zu machen.

Gleichermaßen wollen wir Menschen dabei unterstützen, ihren Konsum tierischer Lebensmittel gesundheitsförderlich und nachhaltig zu gestalten.

Dies soll u. a. durch die verbindliche Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung und eine Stärkung attraktiver pflanzlicher Angebote erreicht werden.

- c) Gesund aufwachsen und gesund alt werden – sozial gerechten Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung schaffen

Der Frage, wie es allen Menschen in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Bildungsgrad oder Herkunft – ermöglicht werden kann, sich gesund und nachhaltig zu ernähren, kommt angesichts der aktuellen Problemlagen ein besonderer Stellenwert zu. Eine ausreichende, gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung muss für alle zugänglich sein. Das gesunde Aufwachsen junger Menschen stellt einen besonderen Schwerpunkt dar.

Wir wollen die Ernährungsarmut in Deutschland bekämpfen. Dafür erarbeitet die Bundesregierung Maßnahmen und schafft eine aussagekräftige Datengrundlage.

- d) Vielseitig essen in Kindertagesbetreuung, Schule und Kantine – Gemeinschaftsverpflegung verbessern

Die Gemeinschaftsverpflegung soll den Zugang zu gutem Essen ermöglichen. Dabei soll eine gesunde und nachhaltige Ernährung mit vorwiegend pflanzlichen, saisonalen und möglichst

regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln eine einfache und günstige Wahl sein und so angeboten werden, dass junge Menschen sie gerne zu sich nehmen.

Die Qualitätsstandards der DGE sollen in der Gemeinschaftsverpflegung verbindlich und bis 2030 etabliert werden. Wir wollen Einrichtungen dabei unterstützen, die Qualität zu verbessern und vermehrt Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft anzubieten. Das Unterstützungsangebot soll entsprechend ausgebaut werden.

- e) Gutes Essen für uns und unsere Erde – Angebot nachhaltig und ökologisch produzierter Lebensmittel erhöhen

Angebot und Nachfrage müssen zusammengedacht werden.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln auf Pflanzenbasis wollen wir die Grundlage dafür schaffen, dass die Rohwaren hierfür in Deutschland nachhaltig angebaut und verarbeitet werden können. Wir wollen das Ernährungssystem resilienter machen und regionale Wertschöpfung stärken. Maßnahmen der Ernährungsstrategie müssen anschlussfähig an die notwendige Transformation der Agrarsysteme hin zu mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz, globaler sozialer Gerechtigkeit und Resilienz sein. Allerdings ist der Umbau der Agrarsysteme selbst – im nationalen Bereich, auf europäischer Ebene (Gemeinsame Agrarpolitik - GAP) und international – nicht Gegenstand der Ernährungsstrategie der Bundesregierung. Dieses Thema wird u. a. im Rahmen der Ackerbaustrategie 2035 und im GAP-Strategieplan behandelt.

- f) Essen wertschätzen – Lebensmittelverschwendung reduzieren

Wir wollen die Wertschätzung von Lebensmitteln noch stärker fördern, die Lebensmittelabfälle bis 2030 halbieren und Lebensmittelverluste weiter reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die *Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung* gemeinsam mit den beteiligten Bundes- und Länderressorts sowie Stakeholdern kontinuierlich weiterentwickelt.

Es muss eine Verhaltensänderung bei allen Akteuren der Lebensmittelversorgungskette geben. Entsprechende Maßnahmen und Angebote, die solche Verhaltensänderungen befördern, werden durch die BMEL-Initiative *Zu Gut für die Tonne!* sowie das *Dialogforum private Haushalte 2.0* entwickelt und umgesetzt. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Lebensmittelabfälle konsequenter gemessen werden. Auch prüft die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, bspw. die Erleichterung von Lebensmittelspenden.

4. Strukturelle Ansätze des Bundes

Um die strategischen Ziele zu erreichen, müssen wir auf mehreren Ebenen ansetzen und dabei die Verhältnisse und das individuelle Ernährungsverhalten mit ihren Wechselwirkungen betrachten. Wir wollen vorteilhafte Ernährungsumgebungen und -muster fördern, die es Menschen einfach machen, sich gut zu ernähren. Um die Gestaltungsspielräume des Bundes

im Rahmen des föderalen Kompetenzgefüges optimal zu nutzen, bedarf es effizienter Strukturen und Prozesse. Voraussetzung für eine zukunftsfeste Ernährungspolitik ist kontinuierliche Forschung.

Folgende strukturelle Ansatzpunkte leiten sich ab:

a) Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebungen

Wir treffen unsere Ernährungsentscheidungen oft als Reaktion auf die Ernährungsumgebungen. Der Verhältnisprävention kommt daher eine zentrale Bedeutung zu: Wir wollen Ernährungsumgebungen schaffen, die gesunde und nachhaltige Ernährung einfach und attraktiv machen. Dabei denken wir Angebot und Nachfrage zusammen, auch in Bezug auf Ressourcen-, Klima- und Umweltschutz.

b) Gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster

Verhaltensorientierte, niedrigschwellige Ernährungsbildungs- und Informationsmaßnahmen adressieren die individuelle Entscheidungs- und Handlungskompetenz. Sie sind eine Voraussetzung für bewussten Konsum und unterstützen so Menschen dabei, sich gesund und nachhaltig zu ernähren.

c) Effiziente Strukturen und Prozesse

Der Fokus soll auf Maßnahmen im Kompetenzbereich des Bundes liegen. Dabei ist aber immer auch zu prüfen, wie Maßnahmen auf den föderalen Ebenen sinnvoll miteinander verzahnt werden können. Bestehende Strukturen sollen schlagkräftiger werden, Prozesse müssen schlank gestaltet sein.

d) Kontinuierliche Forschung

Für eine wissenschaftsbasierte, zukunftsfeste Ernährungspolitik ist eine kontinuierliche Forschung eine wichtige Grundlage. Sie soll – neben bspw. ernährungsphysiologischen Erkenntnissen – unter anderem dazu dienen, die Datenlage zur Ernährungssituation, zu ihren Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und Klima sowie ihrer sozialen Dimension aktuell zu halten.

C. Vorgehensweise

1. Partizipative Erarbeitung

Die Ernährungsstrategie wurde in einem partizipativen und ergebnisoffenen Prozess erarbeitet. Beteiligt waren Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher, Gesundheitssektor, Umweltschutz und Zivilgesellschaft. Dadurch hat das BMEL einen umfassenden Überblick zu Perspektiven, Interessenlagen, Expertise und Erfahrungswissen der jeweiligen Stakeholder gewinnen können und zahlreiche Vorschläge, Ideen und Anregungen erhalten. Diese wurden bei der Erarbeitung der Strategie

berücksichtigt. Das BMEL hat den Beteiligungsprozess von Juni 2022 bis Februar 2023 durchgeführt. Dazu fanden mehrere Veranstaltungen und eine breit angelegte Online-Umfrage statt:

- Juni 2022: Im Rahmen der Auftaktveranstaltung lieferten 150 Teilnehmende wichtigen Input zur Erarbeitung des Eckpunktepapiers und der Ernährungsstrategie.
- Oktober 2022: Bei einer Veranstaltung zum Themenfeld "Ernährung der Zukunft – mehr pflanzenbasiert" des Nationalen Dialogs UN FSS diskutierten 160 Teilnehmende über eine pflanzenbetonte Ernährung in Deutschland.
- Dezember 2022: Im Rahmen einer breit angelegten Umfrage unter den Stakeholdern gaben rund 180 Teilnehmende wichtigen Input zu Handlungsfeldern und Maßnahmen.
- Januar 2023: Bei einem dreitägigen „Bürgerforum zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung“ diskutierten Bürgerinnen und Bürger zu allen Aspekten des Eckpunktepapiers „Weg zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung“ und lieferten wichtige Anregungen für die weitere Erarbeitung der Ernährungsstrategie.
- Januar bis Februar 2023: In elf digitalen Workshops wurden Maßnahmen in verschiedenen Themenfeldern gemeinsam mit 189 teilnehmenden Organisationen bearbeitet und weiterentwickelt.

Die Ergebnisse der verschiedenen Akteursformate wurden geprüft, ausgewertet und sind in den Erarbeitungsprozess eingeflossen.

So sprachen sich die Teilnehmenden des Bürgerforums bspw. für eine stärkere Regulierung von Werbung aus. Auch die Prüfung gesetzlicher Möglichkeiten, um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, wurde im Bürgerforum diskutiert und fand Eingang in die Maßnahmen der Ernährungsstrategie ebenso wie die Forderung nach Ausbau und Nutzung von Datenbanken zum Ernährungsverhalten. Auch die Empfehlungen des Bürgerinnen- und Bürgerratschlags „Nachhaltige Ernährung“, den das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) von Mai 2022 bis Oktober 2023 durchführte, flossen in die Auswertung ein. Die Teilnehmenden empfahlen bspw. die Anwendung der Qualitätsstandards der DGE in der Gemeinschaftsverpflegung, eine umweltfreundliche Besteuerung und Subventionierung von Lebensmitteln, die Einführung eines Umwelt- und Gesundheitslabels für Lebensmittel sowie eine Informationskampagne oder die Förderung des regionalen Anbaus und Bezugs pflanzlicher Produkte.

Die Ernährungsstrategie baut auf strategische und wissenschaftliche Arbeiten beispielsweise des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL, des Umweltbundesamtes (UBA) oder der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) auf. Zudem wurde auf Kohärenz zu den Ernährungsstrategien geachtet, die einige Länder bereits entwickelt haben, damit die Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen sinnvoll aufeinander abgestimmt bzw. verzahnt werden können.

2. Mehrphasiger Ansatz

Systemische Veränderungen benötigen Zeit. Auch Ernährungsverhalten ist stark mit Gewohnheiten verknüpft. Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung trägt dem Rechnung. Sie definiert kurz-, mittel- und langfristige ernährungspolitische Prioritäten, Handlungsfelder und deren jeweilige Ziele, benennt Maßnahmen und zeigt effektive Wege zu deren Verwirklichung auf. Die in der Ernährungsstrategie genannten oder sich aus ihr ergebenden Maßnahmen des Bundes stehen unter dem Vorbehalt der finanziell und (plan-)stellenmäßig im Rahmen der im jeweiligen Einzelplan zur Verfügung stehenden Mittel.

3. Mehrpolarer Ansatz

Die Umsetzung verschiedener ernährungspolitischer Maßnahmen liegt in vielen Fällen nicht im Kompetenzbereich des Bundes. Entsprechend müssen Bund und Länder, Wissenschaft, Wirtschaft, Gesundheitssektor und Zivilgesellschaft dezentral, partizipativ und vernetzt agieren, um die unterschiedlichen Aufgabengebiete, Expertisen und Verantwortlichkeiten sinnvoll miteinander zu verknüpfen, zu bündeln und die gemeinsamen Ziele für eine zukunftsfeste Ernährungspolitik zu erreichen. Die Einbeziehung der Kommunen, z. B. über die kommunalen Spitzenverbände, sowie weiterer Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen, ist wesentlich, um vor Ort notwendige Veränderungsprozesse zu initiieren oder die Präventionsstrukturen vor Ort zu stärken.

4. Reflexiver Ansatz

Ernährung ist dynamisch und in das gesellschaftspolitische Umfeld eingebettet. Künftige (ernährungs-)politische Entwicklungen hängen von vielen externen, bislang teilweise unbekanntem Faktoren ab. Vor diesem Hintergrund kann die Ernährungsstrategie keine abschließende Lösung präsentieren. Mit der Ernährungsstrategie sollen auf der Basis gegenwärtiger und absehbarer Entwicklungen Ansätze entwickelt werden, die bei Bedarf flexibel angepasst werden können.

Wesentliche Instrumente einer reflexiven, lernenden Politik sind Monitoring und Evaluation. Wir wollen mit der Ernährungsstrategie lern- und anpassungsfähige Strukturen schaffen. Dafür ist es notwendig, die Umsetzung der Ernährungsstrategie regelmäßig zu überprüfen, durch Feedback Handlungsbedarf zu identifizieren und ggf. nachzusteuern. Wo sinnvoll und möglich, sind Unterziele mit Zeithorizonten hinterlegt.

II. Hauptteil

Um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen, setzen wir bei den Verhältnissen und dem Verhalten an. Wesentlich für effektive und nachhaltige Veränderungen sind Verbesserungen der Ernährungsumgebung bzw. der Rahmenbedingungen. Hier setzt die Ernährungsstrategie einen Schwerpunkt (A.). Verbesserte Ernährungsumgebungen fördern in Verbindung mit der

entsprechenden Ernährungskompetenz gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster (B.). Effiziente Strukturen und schlanke Prozesse, kontinuierliche Forschung sowie eine fundierte, umfassende Datenlage sind wesentliche Instrumente für eine zukunftsorientierte Ernährungspolitik. Daher werden übergreifende Maßnahmen in diesen Bereichen in den Abschnitten C. und D. dargestellt.

Bei den nachstehend genannten Handlungsfeldern und Maßnahmen spielen auch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen eine Rolle, die einen Einfluss auf die Preise von Lebensmitteln haben und damit indirekt auf deren Rezepturen einwirken können. Die jeweilige Einkommenssituation hat zusätzlich Einfluss auf die soziokulturelle Teilhabe an Nahrungsangeboten. Dies gilt vorrangig für Personen mit niedrigem Einkommen und die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen. Im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Regelbedarfe werden auch steigende Kosten für Lebensmittel berücksichtigt. Die Bundesregierung wird die Entwicklung in diesen Bereichen beobachten und bei Bedarf angemessene Entscheidungen treffen.

A. Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebungen

1. Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, wie Kitas, Schulen, Betriebe, Kliniken sowie Senioreneinrichtungen können eine Schlüsselrolle dabei spielen, Menschen in Deutschland eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu ermöglichen. Oft ist jedoch das Gegenteil der Fall: Der Anteil an Gemüse, Salat und Rohkost in der Gemeinschaftsverpflegung in Kita und Schule ist zu gering, während der Anteil an Fleisch zu hoch ist. Vollkornprodukte und Fisch sind ebenso unterrepräsentiert⁴¹ wie ökologische Produkte.⁴²

Herausforderungen sind u. a. geringe finanzielle Ressourcen und energieeffiziente Ausstattungen. Zudem ist der (öffentliche) Beschaffungsprozess von Lebensmitteln, u. a. durch die rechtlichen Rahmenbedingungen, komplex und erfordert entsprechendes Fachwissen. Häufig fehlen regionale Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen für nachhaltig und ökologisch produzierte Lebensmittel. Betriebskantinen kämpfen durch die vermehrte Nutzung von Homeoffice mit einer reduzierten und schwankenden Anzahl an Tischgästen. Steigende Personal- und Energiekosten, Inflation und damit verbundene Preissteigerungen stellen für viele Caterer große Belastungen dar.

⁴¹ WBAE (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten. Berlin, S. 441.

⁴² https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/PDFs/Landwirtschaft/Oekologischer-Landbau/EVA-BIOBW-2030_Endbericht.pdf, S. 62.

Die von der DGE entwickelten Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung unterstützen beim Angebot einer ausgewogenen Verpflegung. Sie sind ein Instrument zur Qualitätssicherung und haben ein gesundheitsförderndes und nachhaltiges Speisenangebot zum Ziel. Die Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards ist für Kantinen bei Dienststellen des Bundes sowie für Schulen und Kitas in einigen Ländern vorgegeben.

Auch mit Blick auf das Ziel, weniger Lebensmittel zu verschwenden, hat die Gemeinschaftsverpflegung großes Potential: In der gesamten Außer-Haus-Verpflegung, inkl. der Gemeinschaftsverpflegung, fallen 17 Prozent der Lebensmittelabfälle an (1,9 Millionen Tonnen).⁴³

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen geben täglich insgesamt knapp 40 Millionen Portionen Essen aus.⁴⁴ Damit stellen sie einen wirkkraftigen Hebel für die Umsetzung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung dar. Die Verpflegung in Kitas, Kindertagespflege und Schulen kann darüber hinaus aufgrund ihrer prägenden Wirkung die Ernährungsstile der Zukunft positiv beeinflussen.

Die Zuständigkeit für die Gemeinschaftsverpflegung liegt bei den Trägern der jeweiligen Einrichtungen. Entscheidend ist, dass sich Akteure vernetzen und Maßnahmen über alle Ebenen hinweg (Bund, Länder, Kommunen) und entlang der gesamten Wertschöpfungskette verzahnt werden. Das Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung profitiert von der Förderung einer nachhaltigen, regionalen Produktion – und die nachhaltige Produktion von einer verstärkten Nachfrage durch eine nachhaltiger ausgerichtete Gemeinschaftsverpflegung.⁴⁵

Ziel ist eine bedarfsgerechte, ausgewogene und nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung auf Basis der DGE-Qualitätsstandards

- mit einem hohen Anteil an möglichst unverarbeitetem, saisonal-regionalem und am besten ökologisch erzeugtem Gemüse und Obst, ballaststoffreichen Getreideprodukten, Hülsenfrüchten und Nüssen,
- mit weniger Zucker, gesättigten Fetten und Salz,
- die für alle potentiellen Gäste zugänglich und bezahlbar ist und
- die ihren Beitrag zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung leistet.

Die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Kitas und Schulen sollen bis 2030 verbindlich werden. Zudem hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die landwirtschaftliche Produktion und den ökologischen Landbau in Deutschland bis 2030 auf 30 Prozent der

⁴³ <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittelverschwendung/studie-lebensmittelabfaelle-deutschland.html>.

⁴⁴ Wuppertal Institut (2021): Vom Acker bis zum Teller. Gemeinsam die Ernährungswende meistern. <https://wuppertalinst.org/a/wi/a/s/ad/7430>.

⁴⁵ In öffentlichen Vergabeverfahren sollten als Merkmale des Auftragsgegenstandes auch Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte berücksichtigt werden. Im Rahmen von Ausschreibungen ist darauf zu achten, dass keine Wettbewerbsbeschränkungen stattfinden.

landwirtschaftlich genutzten Fläche auszuweiten und dazu eine Strategie entlang der Wertschöpfungskette zu entwickeln. Schließlich kann das Ziel nur im Einklang mit dem Ausbau von Verarbeitung, Handel und Konsum erfolgen. Die Bundesregierung will zudem die Vorbildfunktion der Kantinen bei Dienststellen des Bundes nutzen. Die 2023 aktualisierten Kantinenrichtlinien sehen vor, dass das Speisenangebot die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Betrieben einhält. In den Kantinen der Bundesverwaltung soll der Anteil an Bio-Lebensmitteln über den derzeit in der DNS vereinbarten Zielwert hinaus (mind. 20 Prozent bis 2025) auf mindestens 30 Prozent in den darauffolgenden Jahren gesteigert werden. Zudem ist ein Angebot von möglichst saisonalem Gemüse und Obst vorgesehen sowie die Verwendung von bevorzugt möglichst regionalen Lebensmitteln.

Das Angebot nachhaltig produzierter, möglichst regionaler und saisonaler Lebensmittel (insbesondere von Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten und Nüssen) soll bis 2030 in der Gemeinschaftsverpflegung wesentlich steigen. Bei Getränken sollen (Leitungs-)Wasser und ungesüßte Getränke stärker zum Einsatz kommen.⁴⁶ Bis 2030 sollen die Lebensmittelabfälle in der gesamten Außer-Haus-Verpflegung (AHV) in Deutschland halbiert werden, als Zwischenziel wird bis 2025 eine Reduzierung um 30 Prozent angestrebt.

- c) Wie packen wir es an?
 - (1) Cluster DGE-Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung
 - (a) DGE-Qualitätsstandards in Schulen und Kitas verbindlich machen

Damit zunächst in Schulen und langfristig auch in Kitas der DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung flächendeckend Anwendung findet, unterstützt die Bundesregierung die Vernetzungsstellen für Kitas und Schulen ebenso wie die Aktivitäten des Nationalen Qualitätszentrums für Ernährung in Kita und Schule (NQZ).

Zunächst liegt der Fokus der Umsetzung auf Schulen. Das digitale Qualitätsmanagement-Tool „Unser Schulessen“ soll helfen, in den Schulen ausgewogene und nachhaltige Verpflegungsangebote zu etablieren und kontinuierlich zu sichern, indem es als Instrument zur individuellen Qualitätssicherung Schulen bei der Analyse, Bewertung und Auswahl ihres Verpflegungsangebots unterstützt. Der Bund beabsichtigt, das Tool in Zusammenarbeit mit den Vernetzungsstellen für Schulverpflegung der Länder weiterzuentwickeln, damit es künftig möglichst vielen Schulen und Schulträgern bundesweit und dauerhaft zur Verfügung stehen kann.

- (b) Bedarfsgerechte Portionsgrößen aktiv anbieten

Die Aktualisierung der DGE-Qualitätsstandards soll den Aspekt der Lebensmittelverschwendung in allen Bereichen der Gemeinschaftsverpflegung stärker berücksichtigen. So sollen bei

⁴⁶ ZKL (2021): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin, S. 67.

der Planung der Verkaufszahlen die Rückmeldungen und Wünsche der Essensgäste zu Portionsgrößen einbezogen und die Möglichkeit eines Nachschlags oder einer kleinen Portion vorgesehen werden.

Angepasste Portionsgrößen können einen Beitrag zur Reduzierung der Tellerreste und damit der Lebensmittelverschwendung leisten. In der Praxis sind sie bisher wenig erprobt und der Mehraufwand für die Anbietenden in der Gastronomie noch nicht bezifferbar. Innovative Maßnahmen werden sowohl in der Schulverpflegung als auch in der Betriebsgastronomie initiiert. Ziel ist, dass bedarfsgerechte Portionsgrößen aktiv angeboten werden. Dies bedeutet, dass z. B. Kinder sowohl kleinere Portionsgrößen wählen können, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden – dass sie aber bei Bedarf auch größere Portionsgrößen wählen können.

(c) Regelmäßige Aktualisierung der DGE-Qualitätsstandards

Die DGE-Qualitätsstandards für alle Felder der Gemeinschaftsverpflegung müssen regelmäßig aktualisiert werden, um wissenschaftlich fundiert und damit akzeptiert zu bleiben. Mit Erscheinen einer aktualisierten Version sind vermehrt Verbreitungs- und Beratungstätigkeiten notwendig, um die Umsetzung in der Praxis zu fördern. Der Bund unterstützt sowohl die Aktualisierung der Qualitätsstandards, deren Anpassung an vielfältige Ernährungsformen, als auch deren Verbreitung.

(2) Erhöhung des Bio-Anteils in der Außer-Haus-Verpflegung (AHV)

Eine zentrale Stellschraube für einen sozial ausgewogenen Zugang zu Bio-Produkten ist eine deutliche Steigerung der Bio-Anteile in der AHV. Ein hoher Einsatz von Bio-Lebensmitteln ist ein bedeutender Hebel, um die Umstellung hin zu einer gesunden und nachhaltigen Küche mit einem geringen Verarbeitungsgrad positiv zu beeinflussen und eine steigende Nachfrage nach saisonalen Bio-Lebensmitteln aus der jeweiligen Region zu generieren. Ebenfalls ist ein hoher Bio-Anteil ein Baustein auf dem Weg der Bundesregierung zum Ausbau und zur Stärkung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft.

(3) Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung

Das BMEL hat 2021 mit den Verbänden der AHV eine Zielvereinbarung zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung abgeschlossen. Unternehmen verpflichten sich u. a. zur Messung von Lebensmittelabfällen in den Betriebsstätten und zur Entwicklung sowie Umsetzung passgenauer Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelabfälle.

Die Kompetenzstelle für die Außer-Haus-Verpflegung (KAHV) organisiert die Umsetzung der Zielvereinbarung, u. a. durch die Akquise weiterer Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beteiligungserklärung. Sie führt außerdem den Dialog in der Branche fort und überprüft und dokumentiert die Erfolge.

(4) Ausweitung der Unterstützung bei Beschaffung in Kita- und Schulverpflegung

Die Beschaffung von Verpflegung für Kitas und Schulen ist von zentraler Bedeutung, um eine qualitativ hochwertige, gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung anzubieten. Die Beschaffung ist i. d. R. Aufgabe der Trägereinrichtung.

Das NQZ wird weiterhin Schulungsangebote für die Beschaffung einer gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Schulverpflegung auf Basis des DGE-Qualitätsstandards anbieten. Durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 und die damit zu erwartende steigende Anzahl an Schulen mit Ganztagsbetreuung wird der Beratungsbedarf steigen. Nachhaltigkeitsaspekte wie Saisonalität und Regionalität sind mitzudenken.⁴⁷

Das Schulungsangebot des NQZ soll zukünftig auch auf Kitaverpflegung ausgedehnt werden.

(5) Machbarkeitsstudie zur Sicherung der Kita- und Schulverpflegung in Krisenzeiten

Für aus den Mindestsicherungssystemen leistungsberechtigte Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene, die bei einer bestehenden Mittagsverpflegung ihrer Schule oder Kita teilnehmen, werden die Aufwendungen für eine (gemeinsame) Mittagsverpflegung über die Bildungs- und Teilhabeleistungen erstattet. Die Vorteile und Kosten für eine flächendeckende kostenlose Mittagsverpflegung an Schulen hat der WBAE ausführlich in seinem Gutachten 2020⁴⁸ untersucht.

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie haben gezeigt, dass die Strukturen einer gesundheitsfördernden Kita- und Schulverpflegung nicht krisensicher sind. In einer Machbarkeitsstudie soll ein krisensicheres, nationales Ernährungsprogramm (für Kita- und Schulverpflegung) geprüft werden, das modular und schrittweise umgesetzt werden kann.

(6) Modellregionenwettbewerb „Ernährungswende in der Region“

Der Modellregionenwettbewerb des BMEL fördert modellhafte Vorhaben, die zu einer gesunden und an den planetaren Grenzen orientierten Ernährung beitragen. Im Vordergrund stehen dabei eine gesunde und nachhaltige Ernährung, die Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung, die Erhöhung des Bio-Anteils in der Außer-Haus-Verpflegung auf mindestens 30 Prozent, der Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten, die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, partizipative Prozesse und die Vernetzung von Akteuren.

⁴⁷ Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte sollten hierbei einbezogen werden.

⁴⁸ WBAE (2020): Gutachten.

Angesprochen werden Akteurinnen und Akteure aus allen Regionen in Deutschland, die zur Ernährungswende beitragen. Dazu zählen z. B. Ernährungsräte, Umwelt- und Naturschutzverbände, wissenschaftliche Einrichtungen, Kantinenbetreiberinnen und -betreiber sowie Gastronomie, Einzelhandel, Produzentinnen und Produzenten aus der Region sowie Vertreterinnen und Vertreter von „Essbare Stadt“.

Ziel der Projekte ist u. a., Vernetzungs- und Beschaffungsstrukturen so auf- und auszubauen, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt über die Modellregion hinaus erweiterbar oder übertragbar sind. Zudem müssen Voraussetzungen für eine Verstetigung der Vorhaben geschaffen werden.

(7) Weiterentwicklung des EU-Schulprogramms

Das EU-Schulprogramm soll Kindern und Jugendlichen durch ein wiederkehrendes Angebot Gemüse, Obst sowie Milch und Milchprodukte schmackhaft machen und so eine gesunde und nachhaltige Ernährung fördern. Das Programm wird in Deutschland durch die Länder umgesetzt. Der Bund ist koordinierend tätig und nicht zur Finanzierung befugt.

Das EU-Schulprogramm ist ein Absatzförderprogramm, das Ernährungsbildungsmaßnahmen einschließt. Auf EU-Ebene läuft derzeit ein Prozess zur Überarbeitung, um den Beitrag des Programms zum Verzehr nachhaltiger Lebensmittel zu steigern und die Aufklärung über gesunde Ernährung, nachhaltige Lebensmittelerzeugung und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu stärken. Der Bund setzt sich gegenüber der Europäischen Kommission u. a. dafür ein, pflanzliche Drinks in das Programm aufzunehmen und die EU-Beihilfen für Gemüse und Obst zu erhöhen.

(8) Förderung der Vernetzungsstellen

Die Vernetzungsstellen der Länder für Kita- und Schulverpflegung sowie für Seniorenernährung unterstützen und begleiten Einrichtungen bei einer gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Verpflegung.

Um die Vernetzungsstellen bei der Bewältigung der wachsenden Aufgaben zu unterstützen, beabsichtigt der Bund, sie über die aktuelle Förderperiode hinaus weiterhin projektgebunden finanziell zu fördern. Künftig wird die Projektförderung an den strategischen Zielen der Ernährungsstrategie ausgerichtet. Außerdem stellt der Bund den Vernetzungsstellen standardisierte Angebote zur Verfügung (u. a. durch das NQZ). Hierzu zählen u. a. übergreifende Bildungsangebote für Kita- und Schulträger in Form von Web-Seminarreihen. Bewährte Formate wie das NQZ-Vernetzungstreffen „Ernährung in Kita und Schule“ und das IN FORM Vernetzungstreffen „Seniorenernährung“ werden regelmäßig angestrebt.

(9) Erhebung zum Kenntnisstand und zur Akzeptanz pflanzenbetonter Ernährung

Das BMEL unterstützt ein Vorhaben, das zum Ziel hat, die Akzeptanz einer pflanzenbetonten Ernährung zu verbessern und die Umsetzung in Kitas, Schulen und Hochschulen zu erleichtern. Auf der Grundlage einer Online-Befragung werden Informationen zu Kenntnisstand,

Erfahrungen und Umsetzung einer pflanzenbetonten Ernährung bei Trägern von Kitas, Schulen und Studierendenwerken ermittelt, Ressourcen und Herausforderungen erhoben und auf dieser Basis Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Umsetzung einer gesünderen Ernährungsform in Kita, Schule und Hochschule abgeleitet.

(10) Analyse und Bewertung des Speisenangebots in der Systemgastronomie

Die Systemgastronomie⁴⁹ nimmt einen wachsenden Anteil der AHV ein, vor allem bei den jüngeren Zielgruppen. Bisher gibt es jedoch wenige Untersuchungen über die Speisenangebote und das Nutzerverhalten in diesem Bereich.

Das BMEL fördert das Forschungsvorhaben „Erhebung, Analyse und Vergleich eines definierten Speisenangebots in der Systemgastronomie“. Ziel ist es, das Speisenangebot ausgewählter Einrichtungen zu erfassen und aus ernährungsphysiologischer Sicht sowie aus der Perspektive der ökologischen Nachhaltigkeit zu analysieren, zu vergleichen und zu bewerten. Auch das Nutzungsverhalten von Konsumentinnen und Konsumenten wird erfasst. Das Vorhaben soll dazu beitragen, neue Ansatzpunkte und mögliche Handlungsempfehlungen seitens des BMEL für ernährungsphysiologisch günstige und nachhaltige Angebote abzuleiten.

(11) Förderprogramme für Trinkwasserspender in sozialen Einrichtungen

Leitungswasser ist ein guter und preiswerter Durstlöscher. Es ist zudem klimafreundlich, da es wenig CO₂-Emissionen verursacht, keine Verpackung braucht und da Getränke Transporte vermieden werden. Das BMUV unterstützt deshalb seit 2020 mit dem Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ die Anschaffung von leitungsgebundenen Wasserspendern in sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Vereinen, aber auch in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen. Insgesamt wurden bisher 150 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Resonanz auf das Förderprogramm ist enorm. Der Unterstützungsbedarf bleibt groß. Das BMUV hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Förderprogramm nach 2023 fortgesetzt wird.

(12) Verbesserung der Ernährungsumgebung in Schulen

Um die Ernährungsumgebungen in Schulen gesünder und nachhaltiger zu gestalten, wird der Bund die Länder und Kommunen, in deren Zuständigkeit die äußeren Schulangelegenheiten wie die Errichtung und der Betrieb von Schulküchen und die sächliche Ausstattung von Gebäuden liegen, bei der Schaffung eines gesunderhaltenden und nachhaltigen Verpflegungsangebotes unterstützen. Neben den Schulküchen werden auch Angebote in Schulkiosken,

⁴⁹ Die Systemgastronomie zeichnet sich im Unterschied zur Individualgastronomie durch standardisierte Angebote und vereinheitlichte Organisationsstrukturen aus.

Verpflegungsautomaten und innovative Ansätze, z. B. für Nudging,⁵⁰ in den Blick zu nehmen sein, ebenso wie Begleitung der Schulmahlzeiten durch pädagogisches Personal und die Pausenzeiten, damit ausreichend Zeit zum Essen bleibt. Wichtig insbesondere für junge Menschen kann hierbei sein, dass das gesunde Essen in seiner optischen Darreichungsform dem weniger gesunden nicht nachsteht.

Mit dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau stellt der Bund den Ländern drei Milliarden Euro zur Verfügung. Damit können auch Investitionen zur Förderung von Ernährung und Bewegung (z. B. Schulküchen, Bewegungsräume, entsprechende Ausstattungsinvestitionen) getätigt werden. Die Förderung kann beginnen, sobald ein Land sein Landesprogramm im Einvernehmen mit dem Bund erlassen hat. Die Fördermittel werden im jeweiligen Land beantragt und bewirtschaftet.

2. Gestaltung der Konsumlandschaft

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher Lebensmittel kaufen, sind sie vielfältigen externen Einflussfaktoren ausgesetzt. Dazu gehören die Gestaltung des Angebots (bspw. Sortiment, Produktplatzierung, Verfügbarkeit, Lebensmittelzusammensetzung, Kennzeichnung) oder Werbung. Der Lebensmittelhandel hat als Schnittstelle zwischen Produktion und Konsum eine starke Position in der Wertschöpfungskette.⁵¹ Unter anderem für die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung spielt der Handel mit Blick auf Qualitätsanforderungen, Vermarktungsnormen, Portionierung und Organisation der Lieferketten eine zentrale Rolle.⁵² Die Lebensmittelindustrie hat z. B. bei der Festlegung der Lebensmittelrezepturen und Verpackungsgrößen sowie bei freiwilligen Kennzeichnungen Gestaltungsspielräume. So und über die Lebensmittelwerbung hat sie einen relevanten Einfluss auf das Kaufverhalten.

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Die Konsumlandschaft soll eine gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsweise unterstützen. Der Staat gestaltet den Rahmen hierfür mit und kann aus Gründen des Gesundheitsschutzes (z. B. zum Wohl von Kindern) regulierend tätig werden, wobei die Freiheit der Akteure nur im erforderlichen Ausmaß beschränkt werden soll. Die Bundesregierung plant, an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt bei Sendungen und Formaten für unter 14-Jährige zu unterbinden. Sie will wissenschaftlich fundierte und auf Zielgruppen abgestimmte Reduktionsziele für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten schaffen. Sie wird für Verbraucherinnen und Verbraucher mehr

⁵⁰ Nudging (dt. "anstoßen" oder "anstupsen") ist eine Möglichkeit, um Verhalten oder Gewohnheiten in eine bestimmte Richtung zu ändern, ohne Optionen zu verbieten. Dies kann bspw. durch eine geänderte Platzierung bestimmter Lebensmittel passieren.

⁵¹ WBAE (2020): Gutachten, S. 196 sowie Keller, O. et al. (2022): Wie nachhaltig sind die deutschen Supermärkte? Systematische Bewertung der acht umsatzstärksten Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland aus Umweltsicht. Dessau-Roßlau.

⁵² WBAE (2020): Gutachten, S. 196 sowie Ebert, V. et al. (2020): Umwelt- und klimarelevante Qualitätsstandards im Lebensmitteleinzelhandel. Dessau-Roßlau.

Transparenz zu Produkteigenschaften (z. B. Nutri-Score, Herkunft) schaffen. Bis 2030 sollen Lebensmittelabfälle in jedem Sektor der Lebensmittelversorgungskette halbiert werden.

Pflanzliche Proteinquellen werden für eine pflanzenbetonte Ernährung an Bedeutung gewinnen. Die Bundesregierung wird Maßnahmen prüfen, wie sie diese Entwicklung effektiv unterstützen kann.

- c) Wie packen wir es an?
 - (1) Cluster Reformulierung
 - (a) Weiterentwicklung der *Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten* (NRI)

Die bisher im Rahmen der NRI erfolgten Veränderungen der Rezepturen reichen noch nicht aus. Daher werden wissenschaftlich fundierte und auf Zielgruppen abgestimmte Reduktionsziele für Zucker, Fette und Salz geschaffen. Die Entwicklung der Methodik zur Ableitung von Reduktionszielen soll im Rahmen eines Stakeholder-Prozesses unter Leitung des Max Rubner-Instituts (MRI) bis Mitte 2024 erfolgen. Als spezielle Zielgruppen, auf die entsprechende Reduktionsziele abgestimmt werden, sollen insbesondere auch Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Anschließend beauftragt das BMEL die Ressortforschung, bis Ende 2024 konkrete Reduktionsziele für relevante Lebensmittelgruppen auszuarbeiten. Diese wissenschaftlich abgeleiteten Reduktionsziele sollen für konkrete Forderungen an die Lebensmittelwirtschaft dienen, den Anteil von Zucker, Fetten und Salz in ihren Produkten zu senken. Das MRI untersucht in seinem dauerhaften Produktmonitoring, wie sich Energie-, Zucker-, Fett- und Salzgehalte von verarbeiteten Lebensmitteln im Zeitverlauf verändern. So können Fortschritte verlässlich erfasst und geprüft werden.

- (b) Höchstgehalte für den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen zu angereicherten Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln

Eine übermäßige Zufuhr an Vitaminen und Mineralstoffen kann zu einer Überversorgung mit diesen Stoffen und damit zu nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit führen.

In der Nahrungsergänzungsmittel-Richtlinie⁵³ und der Anreicherungs-Verordnung⁵⁴ der EU ist daher vorgesehen, dass die Europäische Kommission Höchstgehalte für den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln festlegt.

Bislang ist die Europäische Kommission dieser Verpflichtung nicht nachgekommen. Insbesondere auf Initiative von Deutschland hat sie jedoch ihre Arbeit an einer Festsetzung von Höchstgehalten wiederaufgenommen. In einer eigens gegründeten Task Force der Europäischen Kommission arbeiten BMEL und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) intensiv

⁵³ Richtlinie 2002/46/EG.

⁵⁴ Verordnung EG Nr. 1925/2006.

mit, damit die im EU-Recht bereits seit langem angelegten Höchstgehalte für Vitamine und Mineralstoffe zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern zeitnah umgesetzt werden.

(2) Einschränkung der an Kinder gerichteten Lebensmittelwerbung

Ziel der Bundesregierung ist es, Kinder als besonders verletzbare Verbrauchergruppe vor an sie gerichteter Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt zu schützen. Die Bundesregierung sieht daher die Einschränkung der an Kinder gerichteten Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt vor.

(3) Cluster „Lebensmittelkennzeichnung“

(a) Weiterentwicklung, Kommunikation und Kontrolle des Nutri-Score

Die Bundesregierung setzt sich für eine EU-weit verpflichtende erweiterte Nährwertkennzeichnung in Form des Nutri-Score ein. Die Europäische Kommission hat angekündigt, einen Legislativvorschlag für eine einheitliche und verbindliche Regelung vorzulegen.

Seit 2021 prüft ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium Anpassungen des Algorithmus. Ziel ist es, nährwertbezogene Unterschiede zwischen Lebensmitteln noch präziser und in noch größerer Übereinstimmung mit den allgemeinen Ernährungsempfehlungen abzubilden. Der entsprechend überarbeitete Algorithmus findet ab Anfang 2024 Anwendung. Der weiterentwickelte Nutri-Score erleichtert die Auswahl zucker- und salzärmerer Produkte und die Unterscheidung zwischen ballaststoffreichen und ballaststoffärmeren Lebensmitteln. Um zu vermeiden, dass Lebensmittel verschwendet werden, wird eine Übergangsfrist für Lebensmittel mit „altem“ Nutri-Score gewährt.⁵⁵

Daneben ist geplant, gemeinsam mit den am Nutri-Score beteiligten Staaten Rahmenbedingungen zu erarbeiten, unter denen die Verwendung des Nutri-Score in der AHV möglich ist. Damit würden nährwertbezogene Vergleiche von Lebensmitteln einer Produktgruppe in Alltagssituation erleichtert und eine breite Bevölkerungsgruppe adressiert werden, da etwa Kitas, Unimensen und Betriebskantinen neben klassischen Restaurantketten in den Anwendungsbereich fallen würden.

Das BMEL steht hierzu bereits im Austausch mit Unternehmen und der Markeninhaberin des Nutri-Score. Letztere untersucht derzeit, ob und unter welchen Voraussetzungen der Nutri-Score auch für die AHV zutreffende Ergebnisse liefert. In diesem Fall könnten die Nutzungsbedingungen des Nutri-Score geändert und sein Anwendungsbereich auf die AHV erweitert werden.

Die ordnungsgemäße Registrierung, Berechnung und Benutzung des Nutri-Score auf dem deutschen Markt wird überwacht.

⁵⁵ Um für alle Beteiligten transparent über die Arbeiten am Nutri-Score zu informieren, klärt das BMEL u. a. über www.nutri-score.de auf.

(b) Ausweitung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln

Die Bundesregierung hat sich eine umfassende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln zum Ziel gesetzt. So soll Verbraucherinnen und Verbrauchern eine transparente Kaufentscheidung ermöglicht werden.

Der im Rahmen der Strategie *Vom Hof auf den Tisch* angekündigte Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur Ausweitung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung für bestimmte Lebensmittel ist für die Bundesregierung von besonderer Bedeutung. Um gleiche Informationen für alle Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU und einen freien Binnenmarkt zu gewährleisten, ist ein entsprechender rechtlicher Rahmen auf EU-Ebene erforderlich.

Unabhängig davon hat das BMEL einen nationalen Verordnungsvorschlag erarbeitet, mit dem die bestehende Herkunftskennzeichnung für frisches, gekühltes und gefrorenes Fleisch von Schwein, Schaf, Ziege und Geflügel auf lose abgegebene Ware ausgedehnt wird. Weitere nationale Regelungen wird das BMEL auf den Weg bringen, wenn entsprechende EU-Initiativen ausbleiben.

(c) Regionalkennzeichnung

Die Kennzeichnung regionaler Produkte soll gestärkt und transparenter werden, um Konsumentinnen und Konsumenten die Entscheidung für regionale Lebensmittel zu erleichtern.

Bekanntheitsgrad und Marktdurchdringung transparenter und glaubhafter Regionalkennzeichnungssysteme wie dem „Regionalfenster“ sollen erhöht werden. Dafür unterstützt das BMEL die Arbeit des Regionalfenster e. V. weiterhin ideell. Zusätzlich soll die Zusammenarbeit mit den Ländern zu deren regionalen Gütesiegeln intensiviert werden. Das BMEL fördert darüber hinaus ein Forschungsvorhaben zu Erfolgsfaktoren der Regionalvermarktung.⁵⁶

Angesichts der vielen verschiedenen privatwirtschaftlichen Regionalkennzeichnungssysteme, die es bundesweit gibt, hat das BMEL eine Prüfung möglicher Ansätze aufgenommen, um die Transparenz auf dem Markt für regional gekennzeichnete Produkte zu verbessern.

(d) Nachhaltigkeitskennzeichnung

Die Darstellung von Nachhaltigkeitskriterien entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette ist komplex und setzt die umfassende Verfügbarkeit zugrundeliegender Daten voraus. Um geeignete und vergleichbare Nachhaltigkeitskriterien und Daten zu garantieren, ist ein EU-weit abgestimmter Rechtsrahmen für Nachhaltigkeitskennzeichen notwendig, der derzeit von der Europäischen Kommission geprüft wird. Neben der Unterstützung der laufenden EU-Prozesse wollen wir die Entwicklung geeigneter Methoden für ökologische Kriterien entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette weiterhin vorantreiben.

⁵⁶ siehe Maßnahme „Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten“ im Handlungsfeld Querbezüge zur nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und -versorgung.

- (4) Cluster „Pflanzliche Alternativen zu tierischen Lebensmitteln“
- (a) Proteinstrategie für Deutschland

Eine nachhaltige Ausgestaltung der Proteinversorgung für die menschliche Ernährung ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Aufgabenbereiche des BMEL und der Bundesregierung betrifft. Eine zielgerichtete Koordination, sowohl der BMEL-Aktivitäten als auch der anderer Bundesressorts, ist im Sinne einer übergeordneten Proteinstrategie für Deutschland sinnvoll. Die Bundesregierung wird die Fördermöglichkeiten für alternative Proteinquellen aufeinander abstimmen. Das BMEL beabsichtigt, einen Forschungsschwerpunkt zu entwickeln.

- (b) Innovationsförderung für pflanzliche Alternativen

Der Absatz von Alternativen zu tierischen Lebensmitteln hat über die vergangenen Jahre zwar zugenommen, bewegt sich aber nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau. Eine Innovationsförderung für Hersteller könnte Barrieren für den Markteintritt senken, den Wettbewerb erhöhen und damit letztlich zu niedrigeren Preisen für Verbraucherinnen und Verbraucher führen. Darüber hinaus kann auch die Unterstützung des Matchings von Anbauern und Verarbeitern einen wichtigen Beitrag leisten. Beide Aspekte sind im Rahmen der Bekanntmachung des BMEL zu alternativen Proteinquellen für die Humanernährung adressiert.

- (5) Cluster „Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“
- (a) Maßnahmen von Primärproduktion, Verarbeitung und Handel an den Schnittstellen zu den privaten Haushalten

In Deutschland fielen 2020 59 Prozent der Lebensmittelabfälle – und damit 6,5 von insgesamt 11 Mio. Tonnen – in privaten Haushalten an. Anpassungen der Konsumlandschaft können es Verbraucherinnen und Verbrauchern einfacher machen, weniger Lebensmittel zu verschwenden. Zum Beispiel, indem sie Lebensmittel bedarfsgerecht kaufen und verwerten oder Produkte einfacher richtig lagern können. Das BMEL hat in sektorspezifischen Dialogforen gemeinsam mit den Wirtschaftsbeteiligten entsprechende Maßnahmen erarbeitet.⁵⁷ Die Bundesregierung führt den Dialog mit den Akteuren fort und richtet ihn neu aus. Es soll ein stärkerer Fokus auf die Ernährungsumgebungen an der Schnittstelle zwischen Wirtschaftsbeteiligten und zu privaten Haushalten gelegt werden, um weitere Ansatzpunkte zu identifizieren, wie sich in privaten Haushalten künftig leichter Lebensmittelabfälle reduzieren lassen. Hier können u. a. Maßnahmen mit Blick auf Portions- oder Verpackungsgrößen adressiert werden.

⁵⁷ Vgl. z. B. Fallstudien zu Maßnahmen aus dem Dialogforum Groß- und Einzelhandel: https://www.zugutfuerdietonne.de/fileadmin/zgfdt/sectorspezifische_Dialogforen/Gross-und_Einzelhandel/Dialogforum_Fallstudien-Sammlung.pdf.

(b) Gesetzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

Um die Weitergabe nicht verkaufter, noch verzehrfähiger Lebensmittel zu erleichtern, werden gesetzliche Regelungen zur Erleichterung von Lebensmittelspenden und haftungs- und steuerrechtliche Fragen geprüft. Schon jetzt fällt auf die Spende von Lebensmitteln, die nicht mehr oder nur noch eingeschränkt verkehrsfähig sind, keine oder nur eine geringfügige Umsatzsteuer an. Sachspenden an steuerbegünstigte Körperschaften können unter bestimmten Voraussetzungen bei den Ertragsteuern steuermindernd geltend gemacht werden. Weitere Sachverhalte, die seitens der Wirtschaftsbeteiligten vorgetragen werden, werden überprüft.

Rechtliche Fragestellungen, die mit der Weitergabe von Lebensmitteln verknüpft sind, sollen sowohl für die weitergebenden als auch für die empfangenden Organisationen in einem Leitfaden des BMEL einfacher und verständlicher aufbereitet werden.

Weitere rechtliche Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen und der Erleichterung der Weitergabe von Lebensmitteln werden geprüft. Die Festlegung verbindlicher Reduzierungsziele auf EU-Ebene wird grundsätzlich begrüßt. Die Europäische Kommission hat hierzu Vorschläge vorgelegt, die nach der Verabschiedung in nationales Recht umzusetzen sind.

3. Soziale Aspekte der Ernährung

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Menschen, die sich aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht gesundheitsförderlich und nachhaltig ernähren können, können sowohl gesundheitliche Beeinträchtigungen erfahren als auch in ihrer Teilhabe am sozialen Leben eingeschränkt sein. Menschen, die nicht ausreichend oder einseitig essen und dadurch zu wenig lebensnotwendige Nährstoffe zu sich nehmen, sind körperlich weniger leistungsfähig. Bei Kindern kann eine Mangelernährung Entwicklung und Wachstum verzögern. Das Problem wird verschärft durch strukturelle Hürden wie eingeschränkte Mobilität (etwa fehlender Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten), beengten Wohnraum (wie fehlender Stauraum für frische Lebensmittel) und die Tatsache, dass ein geringer finanzieller Spielraum an sich ein großer Stressfaktor im Leben der Betroffenen ist.

Im Vergleich zu Gemüse, Obst und Nüssen sind Lebensmittel mit einem hohen Anteil an Zucker, gesättigten Fettsäuren und Salz, die nach den Empfehlungen der DGE weniger konsumiert werden sollten, relativ preiswert. Vor allem bei geringem Einkommen ist es für Verbraucherinnen und Verbraucher günstiger, auf Lebensmittel zurückzugreifen, die eine hohe Energiedichte bei niedrigem Preis bieten – zulasten einer ausgewogenen Ernährung mit Gemüse, Obst, Vollkornprodukten, Hülsenfrüchten und Nüssen.⁵⁸

⁵⁸ DGE (2014): Biss für Biss das Körpergewicht senken; DGE empfiehlt den Blick auf die Energiedichte von Lebensmitteln (2014/01) [Presse-meldung]. <https://www.dge.de/presse/meldungen/2011-2018/biss-fuer-biss-das-koerpergewicht-senken/>.

Ernährungsarmut wird in Deutschland bisher nicht systematisch erfasst. Es gibt ernährungswissenschaftliche Untersuchungen, die darauf hinweisen, dass es unter Bezug von staatlichen Grundsicherungsleistungen schwierig ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren.

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Besonders vor dem Hintergrund stark gestiegener Lebensmittelpreise will die Bundesregierung effektive Maßnahmen ergreifen, um Ernährungsarmut zu bekämpfen.

Die Situation der bundesweit 2,5 Millionen Kinder und Jugendlichen⁵⁹ in einkommensschwachen Haushalten haben wir besonders im Blick. Die geplante Kindergrundsicherung wird verschiedene finanzielle Leistungen zusammenfassen und mehr anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche erreichen. Mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien mit geringem Einkommen leistet der Bund bereits einen wesentlichen Beitrag, u. a. wird die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Schule oder Kindertageseinrichtungen ermöglicht. Mit der geplanten Kindergrundsicherung soll auch die Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe gesteigert werden. Der Zugang zu einer Kita- und Schulverpflegung sollte jedem Kind unabhängig von einem Bezug von Mindestsicherungsleistungen zur Verfügung stehen.

Für Menschen mit Behinderungen, die Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII beziehen, wird für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Werkstätten für behinderte Menschen und vergleichbaren Einrichtungen ein Mehrbedarf anerkannt.

Grundsätzlich wollen wir ernährungspolitische Instrumente künftig hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte prüfen und sozial abfedern.

c) Wie packen wir es an?

(1) Verbesserung der Wissensbasis in Bezug auf Ernährungsarmut

Um den Zusammenhang von Armut auf den Ernährungs- und Gesundheitszustand besser zu verstehen und passende Maßnahmen entwickeln zu können, ist ein vertieftes Verständnis der wechselseitigen Beziehungen erforderlich.

Unser Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Ernährungskompetenz, Ernährungsgewohnheiten und dem Ernährungszustand genauer zu erfassen. Hierfür wird ein entsprechendes Forschungskonzept erarbeitet, um daraus Ansätze für ein Monitoring abzuleiten.

Erste Erkenntnisse zur Thematik liefert das Forschungsvorhaben „Multidisziplinäre Erhebung der Ernährungs- und Gesundheitssituation von Personen in armutsgefährdeten Haushalten mit Kindern“ (MEGA_kids). MEGA_kids ist das erste großangelegte Forschungsprojekt in die-

⁵⁹ WBAE (2020): Gutachten, S. 100.

sem Bereich (durchgeführt durch die Universität Hohenheim und die Charité Universitätsmedizin Berlin). Bis Mitte 2024 werden Erkenntnisse zu Ernährungsverhalten, ernährungsbezogenen Einstellungen, Ernährungskompetenz, Gesundheit und demographischen Hintergründen gesammelt, um Ansätze für Unterstützungsangebote und Maßnahmen abzuleiten.

Die Bundesregierung prüft, inwieweit sozioökonomische Faktoren in bestehenden Untersuchungen zukünftig stärker mitberücksichtigt werden können oder ob möglicherweise die Einführung eines eigenständigen Monitorings sinnvoll ist.

Bei der Datenerhebung werden auch Menschen in Einrichtungen (z. B. Menschen mit Behinderungen, die in besonderen Wohnformen leben oder Pflegeeinrichtungen) berücksichtigt.

Die Bundesregierung wird im Ernährungspolitischen Bericht über die Ergebnisse des Monitorings berichten, sobald dieses etabliert ist.

(2) Transformationsorientierte Forschung zur Bekämpfung von Ernährungsarmut

Transformationsorientierte Forschung erarbeitet Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Umsetzung von Lösungsansätzen mit den relevanten Akteuren bzw. Zielgruppen. Im Idealfall wird auch die Umsetzung der erarbeiteten Lösungswege in die Praxis wissenschaftlich begleitet.

Am MRI wurde der Bereich der transformationsorientierten Forschung mit dem Projekt „Ernährungs- und Lebenssituation aus Perspektive armutsbetroffener Seniorinnen und Senioren“ (ELSinA) begonnen. Ziel ist es, diesen Forschungsansatz auszubauen und zu intensivieren.

(3) Innovative Ansätze im Bereich soziodiverse Ernährungsbildung

Im aktuellen Projekt der Tafelakademie e. V. werden Tafelkundinnen und Tafelkunden sowie deren Kinder mit Seminarreihen für eine gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung sensibilisiert. Ziel ist es, Kenntnisse bzw. Fähigkeiten zu vermitteln, die es ermöglichen, trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen eine möglichst gute Ernährung zu realisieren. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, eine Stigmatisierung zu vermeiden.

Weitere Maßnahmen werden in den Lebenswelten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger etabliert und richten ihren Fokus auch auf von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen. Hierbei ist eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen wie z. B. Tafeln oder Wohlfahrts- und Sozialverbänden wichtig. Ferner wird der Bund den Wissens- und Kompetenzaufbau zu Ernährungsthemen im außerschulischen Bereich (z. B. in Kinder- und Familienzentren) bei Kindern und Eltern mit sozioökonomisch benachteiligtem Hintergrund fördern. Das erlaubt auch die direkte Einbindung der Eltern bzw. Bezugspersonen.

(4) Förderung von Pilotprojekten

Durch gezielte Projektförderung sollen Ansätze und Vorschläge zur Bekämpfung von Ernährungsarmut erprobt werden. Durch eine wissenschaftliche Begleitung werden die Wirksamkeit und Zielerfüllung evaluiert.

Der WBAE hat die Bedeutung der Tafeln für die Verteilung von Lebensmitteln an armutsbetroffene Menschen aufgezeigt. Die zunehmende Nachfrage übersteigt vielerorts den Umfang an Lebensmitteln, die den Tafeln gespendet werden, so dass die Tafeln zeitweise Aufnahme stopps verhängen müssen. Das BMEL hat die Tafeln projektbezogen unterstützt (Entwicklung der sog. Eco-Plattform zur Digitalisierung bzw. Vereinfachung des Spendenprozesses, laufendes Ernährungsbildungsprojekt) und strebt dies auch weiterhin an.

4. Querbezüge zur nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und -versorgung

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Die Covid-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben international organisierte Lieferketten deutlich belastet. Die komplexen Abhängigkeiten unserer derzeitigen Ernährungssysteme sind sichtbar geworden und der Wert einer regionalen Erzeugung sowie diversifizierter und gut vernetzter Ernährungssysteme wurde noch deutlicher.⁶⁰

Der Bedarf an Gemüse und Obst wird in Deutschland nicht annähernd durch die inländische Produktion gedeckt, der Selbstversorgungsgrad bei Gemüse liegt bei 35 Prozent und bei Obst bei 20 Prozent.⁶¹ Bei der Entscheidung landwirtschaftlicher Betriebe für die Erzeugung bestimmter Produkte stehen wirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund. Für Leguminosen, wie Erbsen, Bohnen, Lupinen und Linsen, bestehen am Markt nach wie vor Wettbewerbsnachteile, bedingt durch das im Vergleich zu anderen Kulturen höhere Anbaurisiko, hohe Transaktionskosten in einem kleinen, volatilen und intransparenten Markt, Wissenslücken bei Anbau und Verwertung sowie durch eine kleinstrukturierte Erzeugerseite, der nach einheitlichen, großen Partien verlangende Abnehmer gegenüberstehen. Die Planetary Health Diet empfiehlt einen Pro-Kopf-Verbrauch von 27 Kilogramm Hülsenfrüchten pro Jahr – nach Schätzungen des Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) liegt dieser aktuell bei etwa zwei Kilogramm.

Da für die Produktion von Lebensmitteln wertvolle Ressourcen eingesetzt werden, bildet neben einer verantwortungsvollen und ökologisch-nachhaltigen Produktion die Reduzierung

⁶⁰ Einer intensiven Zusammenarbeit mit und proaktiven Unterstützung kommunaler Initiativen der Zivilgesellschaft wie Ernährungsräten und Pilotprojekten wie „Essbare Städte“ und „Bio-Städte“ kommt eine besondere Bedeutung zu (siehe Maßnahme „Vernetzung und Wissenstransfer in diesem Handlungsfeld sowie „Modellregionenwettbewerb „Ernährungswende in der Region““ im Handlungsfeld Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung).

⁶¹ <https://www.bzfe.de/service/news/aktuelle-meldungen/news-archiv/meldungen-2023/maerz/selbstversorgungsgrad-in-deutschland/>.

der Lebensmittelverschwendung einen wichtigen Baustein hin zu einer nachhaltigen Lebensmittelherzeugung und -versorgung. Entlang der Lebensmittelversorgungskette fallen 24 Prozent der Lebensmittelabfälle⁶² in den Sektoren Primärproduktion (0,2 Millionen Tonnen), Verarbeitung (1,6 Millionen Tonnen) und Handel (0,8 Millionen Tonnen) an.⁶³ Hinzu kommen Lebensmittelverluste.⁶⁴

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Eine Verbesserung von Ernährungsumgebungen und Ernährungsmustern wirkt sich auch auf die Nachfrage nach bestimmten Lebensmitteln aus. Die Strukturen müssen hier angepasst und gestärkt werden, um ein entsprechendes Angebot sicherzustellen.

Die Bundesregierung will die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland zukunftsfest machen und stärker auf Umwelt- und Ressourcenschutz ausrichten. Denn der nachhaltige und effiziente Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Erhalt von Versorgungsstrukturen sind notwendig für den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Einen Baustein stellt dabei die ökologische Landwirtschaft dar, die insbesondere durch die Reduzierung des Stickstoffeinsatzes, den Verzicht auf leicht lösliche mineralische Stickstoffdünger und die höhere Kohlenstoffbindung im Boden einen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt und des Klimas leisten kann.⁶⁵ Durch die Verordnung (EU) 2018/848 ist die Produktionsweise des ökologischen Landbaus mit einem besonderen Fokus auf Ressourcenschonung und Umweltverträglichkeit definiert und gesetzlich geregelt.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die landwirtschaftliche Produktion und den ökologischen Landbau in Deutschland bis 2030 auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszudehnen (vgl. Bio-Strategie 2030). Ein weiteres Ziel ist die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten. Dazu wurde die Zukunftsstrategie ökologischer Landbau (ZöL) im Rahmen der Bio-Strategie 2030 des BMEL um die gesamte Bio-Wertschöpfungskette erweitert. Zudem strebt die Bundesregierung an, Anbau und Verarbeitung pflanzlicher Lebensmittel und dabei insbesondere auch pflanzlicher Proteinträger auszuweiten und zu diversifizieren.

⁶² Alle Lebensmittel gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates, die zu Abfall geworden sind (s. Art. 3 Nr. 4a DIRECTIVE (EU) 2018/851).

⁶³ Statistisches Bundesamt (2022): Lebensmittelabfälle in Deutschland – Bezugsjahr 2020 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/Abfallwirtschaft/Tabellen/lebensmittelabfaelle.html>). So werden bspw. überschüssige und verdorbene Lebensmittel, die betriebsintern verwertet werden, in den entsorgungsseitig erhobenen Zahlen nicht berücksichtigt.

⁶⁴ Dies betrifft sonstige Stoffströme (außerhalb der Lebensmittelabfälle), die für den menschlichen Verzehr geeignet wären und dafür verwendet werden könnten, aber der Lebensmittelkette entzogen werden.

⁶⁵ Weckenbrock et al., (2019): Klimaschutz. In: Sanders J, Heß J: Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft. Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Thünen. Rep 65, 398 p. doi: 10.3220/REP1576488624000; Sanders & Heß, (2019): Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft. Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Thünen Report 65, 398 p. doi: 10.3220/REP1576488624000 sowie Hülsbergen et al. (2022): Steigerung der Ressourceneffizienz durch gesamtbetriebliche Optimierung der Pflanzen- und Milchproduktion unter Einbindung von Tierwohlaspekten. Untersuchungen in einem Netzwerk von Pilotbetrieben. Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Thünen Report 92, 540 p. doi: 10.3220/REP1646034190000 und Chiriaco et al., (2022): Determining organic versus conventional food emissions to foster the transition to sustainable food systems and diets: Insights from a systematic review. *Journal of Cleaner Production*. 380(2): 134937. doi: 10.1016/j.jclepro.2022.134937.

ren. Einen Beitrag zur Erreichung der Ziele können neben der Ernährungsstrategie die strategischen Aktivitäten des BMEL zur Stärkung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft und die Weiterentwicklung der EPS des BMEL leisten.

Die Lebensmittelabfälle in Deutschland sollen gemeinsam mit allen Akteuren bis 2030 in allen Sektoren halbiert und die Lebensmittelverluste reduziert werden.

- c) Wie packen wir es an?
 - (1) Cluster „Förderung nachhaltiger Wertschöpfungsketten“
 - (a) Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten

Seit Sommer 2023 wird im Rahmen des Bundesprogramms für ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BULEplus) eine erste Förderbekanntmachung für ein Initialisierungsmanagement zur Unterstützung einer Aufbauphase für Projekte regionaler Wertschöpfung angeboten. Dadurch sollen Impulse für die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel generiert werden, indem Akteurinnen und Akteure vor Ort bei der Vorbereitung und Umsetzung von Projektideen unterstützt werden. Darüber hinaus überarbeitet das BMEL in Zusammenarbeit mit den Ländern die Fördermöglichkeiten für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Ziel ist es, die Investitionsförderung zugunsten regionaler Wertschöpfungsketten zu verbessern. Daneben wird ein Forschungsvorhaben zur Identifizierung der Erfolgsfaktoren bei der Regionalverarbeitung und -vermarktung von Lebensmitteln entwickelt.

- (b) Aufbau von Bio-Wertschöpfungsketten, insbesondere für die AHV

Mit der Richtlinie zur Förderung von Bio-Wertschöpfungsketten (RIWERT), die eine Maßnahmenumsetzung aus der ZöL ist, unterstützt BMEL den Aufbau neuer und die Weiterentwicklung bestehender Bio-Wertschöpfungsketten. In diesem Rahmen können die Einstellung sog. Regionalmanagerinnen und -manager, Weiterbildungen und Beratungen sowie Veranstaltungen zur Initiierung von Bio-Wertschöpfungsketten gefördert werden.

Damit Bio-Wertschöpfungsketten zukunftsfähig aufgestellt und neue Absatzwege und Kooperationen entwickelt werden können, fördert BMEL über das Bundesprogramm ökologischer Landbau (BÖL) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für den Bereich „Bio-Wertschöpfungsketten“. Da der Außer-Haus-Verpflegungssektor ein bedeutender Hebel für Bio aus der Region darstellt, stehen dabei der Aufbau und die Optimierung von auf die AHV ausgerichteten Bio-Wertschöpfungsketten im Fokus.

- (c) Vernetzung und Wissenstransfer

Vernetzung und Wissen bilden die Grundlage für erfolgreiche Kooperationen sowie für die Ausrichtung auf eine ökologische Betriebsentwicklung. Im Bereich der AHV werden daher im Rahmen des BÖL-Programms „Bio kann jeder“ bundesweit Workshops zur ökologischen

Verpflegung in Schulen und Kitas angeboten. Auf kommunaler Ebene bringen Formate innerhalb der BÖL-Initiative „BioBitte“ Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Kommunen zusammen mit Akteuren vor Ort, die den Anteil an Bio-Lebensmitteln in der AHV erhöhen möchten.

In mittlerweile über 90 Bio-Städten und Bio-Regionen werden Wertschöpfungsketten durch Wertschöpfungskettenmanagerinnen und -manager und Koordinierungsstellen unterstützt. Das Dialogformat "Bio Verbindet" aus dem BÖL vernetzt diese Koordinierenden auf Ebene der Länder einschließlich Kommunen und Einrichtungen und ermöglicht über einen Dialog den kontinuierlichen Wissenstransfer. Im Rahmen der strategischen Aktivitäten des BMEL zur Stärkung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft werden zusätzliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung geeigneter Vernetzungs- und Bildungsformate adressiert.

(d) Kommunikation zu regionalen Wertschöpfungsketten

Im Rahmen der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten erfolgen auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Thematik sowie ein Fachdiskurs zu Kennzeichnungsfragen. BMEL stellt ergänzende Sachinformationen für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung und führt Veranstaltungen für die allgemeine sowie die Fachöffentlichkeit durch.

Mit der Richtlinie über die „Förderung von Projekten zur Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern über regionale Wertschöpfungsketten zur Erzeugung von Bio-Produkten sowie zur Umsetzung von begleitenden pädagogischen Angeboten“ (RIGE) ermöglicht BMEL die Förderung von Projekten zur öffentlichen Wissensvermittlung. Gebietskörperschaften können Verbraucherinnen und Verbraucher über regionale Bio-Wertschöpfungsketten informieren oder pädagogische Angebote entwickeln und umsetzen. Im Rahmen der strategischen Aktivitäten des BMEL zur Stärkung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft werden weitere Maßnahmen zur Kommunikation benannt.

(e) Attraktivität des Lebensmittelhandwerks steigern, Bio-Verarbeitung und Handel stärken

Nachhaltige Speisen gelangen auf die Teller in den Haushalten und auf die Speisekarten der Gemeinschaftsverpflegung, wenn entsprechende Strukturen bestehen und nachhaltig ausgerichtet sind. Dies setzt voraus, dass Schlüsselakteure entsprechend qualifiziert sind und interessierten Betrieben der Zugang zu ökologischen Verarbeitungspraktiken erleichtert wird.

Deshalb sollen praxisorientierte Angebote für Küchenfachkräfte, Bäckerei- und Konditoreihandwerk, Fleischereihandwerk, Molkerei und Käserei sowie die Ernährungswirtschaft zu Trends, Chancen und Herausforderungen in der Verarbeitung von ökologisch erzeugten Rohstoffen und der Herstellung schmackhafter, nachhaltiger Produkte und Gerichte bereitgestellt werden.

Eng verzahnt ist der Ansatz mit strategischen Aktivitäten des BMEL zur Stärkung der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft. Mit Beratungs- und Informationsformaten, dem

Abbau möglicher Hürden für umstellungsinteressierte Unternehmen und durch die Ansprache von Auszubildenden unterstützt die Bundesregierung das Lebensmittelhandwerk, die Bio-Verarbeitung und den Handel.

- (f) Förderung von Vorhaben zum Umwelt- und Klimaschutz in Erzeugung und Verarbeitung

Damit die Lebensmittelproduktion und -industrie ihre Auswirkungen auf Biodiversität, Wasser, Landnutzung und Böden sowie ihren Energie- und Rohstoffeinsatz und so auch ihre Treibhausgasemissionen effektiv reduzieren kann, muss sie ihre wesentlichen Umweltauswirkungen identifizieren und bewerten und darauf basierend Aktionspläne entwickeln. Dazu bedarf es u. a. verstärkt der Beratung zu wirkungsvollen klima- bzw. umweltrelevanten Maßnahmen und zu vergleichbaren Klima- und Umweltbilanzierungen. Unternehmen benötigen hierzu einheitliche Methoden und Daten, z. B. aus Primärdatenbanken. Für die Entwicklung eines Nachhaltigkeitslabels mit besonderer Berücksichtigung von Umweltkriterien und Klimawirkungen sind die regionalen Bedingungen, Transportwege und die unterschiedlichen Produktionsweisen und Emissionsminderungen wichtige Komponenten.

Im Rahmen eines laufenden Vorhabens des Deutschen Anpassungs- und Resilienzplans wird ein datenbasiertes Transparenzsystem zur eindeutigen Abbildung von Nachhaltigkeitsmerkmalen in der Lebensmittelwertschöpfungskette entwickelt und ein Prototyp aufgesetzt.

- (2) Cluster „Förderung des Anbaus“
 - (a) Förderung von Anbau, Verarbeitung und Verwertung pflanzlicher Lebensmittel

Der konkrete Unterstützungsbedarf zur Steigerung des Anbaus und zur Förderung regionaler und überregionaler Marktstrukturen zur Abnahme und Weiterverarbeitung von Leguminosen wird im Rahmen der Weiterentwicklung der EPS adressiert. Darüber hinaus sollen Anbau und Verwertung nicht-legumer pflanzlicher Proteinträger, wie zum Beispiel Nüsse oder Pilze, gefördert werden. Ergänzt wird dies durch Maßnahmen im Bereich Informationsmanagement, Vernetzung und Wissenstransfer.

Im Auftrag des BMEL erarbeitete das Thünen-Institut (TI) Herausforderungen und Optionen für eine Stärkung des Gemüse- und Obstsektors. Der Klimawandel erfordert regenerative Antriebs- und Wärmetechnologien, bedarfsangepasste und sparsame Wasserversorgung und weitere technologische und wirtschaftliche Anpassungen. Die Herkunftsangabe auch für Rohstoffe verarbeiteter Waren soll es Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtern, das

Ursprungsland zu erkennen und eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Auch die Kennzeichnung der regionalen Herkunft ist wichtig.⁶⁶ Um höhere Selbstversorgungsgrade bei Gemüse, Obst, Nüssen und Hülsenfrüchten⁶⁷ zu erreichen, sind Forschungsprojekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer pflanzlicher Erzeugnisse in der ganzen Wertschöpfungskette erforderlich.

(b) Weiterentwicklung der *Eiweißpflanzenstrategie* (EPS)

Die EPS des BMEL kann entscheidend zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Gesundheit beitragen. Sie muss so aufgestellt sein, dass sie dem steigenden Bedarf an nachhaltigen Proteinträgern in Tier- und Humanernährung gerecht wird und die positiven Umweltleistungen des heimischen Eiweißpflanzen-Anbaus in der Breite wirksam werden. Darüber hinaus können der Aufbau und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, die Verwendung von Leguminosen in der AHV und die Erweiterung des Marktangebots wichtige unterstützende Maßnahmen zur Ausdehnung der Anbaufläche und zur Verwertung der Leguminosen und weiterer Eiweißpflanzen sein. Ergänzt werden sollen Maßnahmen im Bereich Informationsmanagement, Vernetzung und Wissenstransfer.

Die EPS des BMEL wird in einem Prozess mit BMEL, der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und Stakeholdern weiterentwickelt und konkretisiert und auf nicht-legume pflanzliche Proteinträger wie z. B. Pilze oder Nüsse erweitert.

(3) Cluster „Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“

(a) Unterstützung rechtlich verbindlicher Reduzierungsziele für Lebensmittelabfälle

Die Europäische Kommission hat in ihrer Strategie *Vom Hof auf den Tisch* einen Legislativvorschlag zur Einführung EU-weit verbindlicher Reduzierungsziele in der Abfall-Rahmen-Richtlinie vorgelegt.

Die Bundesregierung unterstützt die Einführung verbindlicher Reduktionsziele für Lebensmittelabfälle für alle Sektoren der Lebensmittelversorgungskette und ein Ambitionsniveau, das den internationalen Nachhaltigkeitszielen gerecht wird. Die hohe Bedeutung, die die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung etwa mit Blick auf Klima- und Umweltschutz hat, ist aus Sicht der Bundesregierung dabei angemessen zu berücksichtigen.

(b) Messung von Lebensmittelabfällen und -verlusten

Die Bundesregierung wird die Messung der und Berichterstattung über die Menge der Lebensmittelabfälle, die im Juni 2022 für das Berichtsjahr 2020 erstmals erfolgte, im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission fortführen. Dabei streben wir eine stete

⁶⁶ siehe Maßnahme „Regionalkennzeichnung“ im Handlungsfeld Gestaltung der Konsumlandschaft.

⁶⁷ Selbstversorgungsgrad bei Hülsenfrüchten in Deutschland bei 62 Prozent.

Verbesserung der Datenqualität und eine konsistente Darstellung der Entwicklungen ab 2015 an.

Außerdem setzt sich BMEL gegenüber der Europäischen Kommission dafür ein, dass perspektivisch auch solche „Lebensmittelverluste“ als eigene Kategorie erfasst werden, die nicht unter die Definition der Lebensmittelabfälle fallen und der menschlichen Ernährung dennoch nicht zu Gute kommen, etwa, weil sie als Tierfutter oder in der chemischen Industrie verwendet werden. Entsprechend ist die Datenerhebung z. B. als Pflichtmaßnahme in der Beteiligungserklärung zur Zielvereinbarung AHV und im Pakt gegen Lebensmittelverschwendung mit Handelsunternehmen verankert.⁶⁸

- (c) Reduzierung der Lebensmittelverschwendung an den Schnittstellen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten

In den von der Bundesregierung im Rahmen der *Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung* geförderten sektorspezifischen Dialogforen wurden die Schnittstellen zwischen den Sektoren als relevante Ansatzpunkte identifiziert. Entsprechende Maßnahmen nehmen u. a. die Optimierung der Prozess- und Lieferketten, die Zusammenarbeit von liefernden und abnehmenden Betrieben oder private Qualitätsstandards in den Blick. Sie müssen weiter definiert und verbreitet umgesetzt werden. Zukünftig gilt es, bestehende Lösungsansätze und die Zusammenarbeit der Akteure weiter zu verbessern. Innovative Ansätze, z. B. von Start-Ups oder regionalen und kommunalen Initiativen, sollten weiterverfolgt werden. Die Bundesregierung führt den Schnittstellen-übergreifenden Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren fort und richtet ihn im Hinblick auf Wirkungspotenziale neu aus.

B. Gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster

1. Ernährungsempfehlungen

- a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Die Bundesregierung stützt sich bei ihren ernährungspolitischen Strategien und Maßnahmen auf die wissenschaftliche Erkenntnislage. So gibt etwa die DGE nährstoffbezogene Referenzwerte für zahlreiche Bevölkerungsgruppen sowie lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen⁶⁹ für gesunde Erwachsene heraus. Letztere gelten auch für Schwangere und Stillende. Die lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen sind wissenschaftliche Grundlage der DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen.

⁶⁸ siehe Maßnahme „Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in der AHV“ im Handlungsfeld Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung.

⁶⁹ Lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen (Food-Based Dietary Guidelines, FBDG) dienen dazu, die umfangreiche aktuelle wissenschaftliche Evidenz über den Zusammenhang zwischen Lebensmitteln, Ernährungsgewohnheiten und Gesundheit von Mensch und Umwelt in Empfehlungen für die Auswahl von Lebensmitteln zusammenzufassen.

Bei der Ableitung lebensmittelbezogener Ernährungsempfehlungen bezieht die DGE bislang vor allem gesundheitsrelevante Aspekte, wie die Referenzwerte für die Nährstoffzufuhr sowie Erkenntnisse zur Prävention ernährungsmitbedingter Krankheiten, ein. Die Minimierung schädlicher Umwelt- und Klimateffekte, die Berücksichtigung sozialer Aspekte, von Tierschutz oder spezieller Ernährungsweisen⁷⁰ spielen dabei bis dato eine untergeordnete Rolle: Gewässer und Böden sind vielerorts bereits durch Pestizide und Nährstoffe, steigende Temperaturen und sinkende Wasserverfügbarkeit beeinträchtigt.

Wir wollen die Methodenentwicklung für Daten zu verschiedenen Umweltindikatoren oder Klimawirkungen in Bezug auf Lebensmittel bzw. Lebensmittelgruppen weiterhin vorantreiben. Auch die derzeitigen Ernährungsempfehlungen für Kinder und Jugendliche bedürfen einer Aktualisierung, um neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und den sich wandelnden Essgewohnheiten gerecht zu werden.

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Überarbeitete lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen für gesunde Erwachsene sollen 2024 vorliegen und möglichst zeitnah auch für Kinder und Jugendliche erarbeitet werden. Beide sollen in einem regelmäßigen Rhythmus aktualisiert werden. Perspektivisch sollen sie unterschiedliche kulturelle Hintergründe, besondere Ernährungsweisen und auch Klima- und Umweltaspekte berücksichtigen.

Bereits bei der Entwicklung von Ernährungsempfehlungen soll mitgedacht werden, wie sich die Empfehlungen umsetzen lassen. Auch die Kommunikation in den unterschiedlichen Lebenswelten soll berücksichtigt werden. Empfehlungen müssen einfach und verständlich formuliert werden und einprägsam sein.

Um die Umsetzung von Ernährungsempfehlungen zu beurteilen, soll der Lebensmittelverzehr der Bevölkerung regelmäßig in repräsentativen Stichproben erfasst und ausgewertet werden.⁷¹ Stets aktuelle Nährstoffdatenbanken (insbesondere der Bundeslebensmittelschlüssel (BLS),⁷² sowie Total-Diet-Studien (z. B. die MEAL-Studie des BfR bilden eine wichtige Quelle, um die Nährstoffzufuhr abschätzen zu können und gesundheitliche Risiken, z. B. durch Rückstände und Kontaminanten, zu bewerten.

Die Gemeinschaftsverpflegung bietet Möglichkeiten, Ernährungsempfehlungen im Alltag umzusetzen. Aus diesem Grund soll zunächst der DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen und Kita verbindlich und bis 2030 etabliert werden.⁷³

⁷⁰ Dies betrifft bspw. vegan/vegetarische, kulturell und vom Lebensstil geprägte Ernährungsweisen.

⁷¹ siehe Maßnahme „Nationales Ernährungsmonitoring“ im Handlungsfeld Kontinuierliche Forschung.

⁷² siehe Maßnahme „Aufbau eines modernen, permanenten Lebensmittelmonitorings“ im Handlungsfeld Kontinuierliche Forschung.

⁷³ siehe Cluster „DGE Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung“ im Handlungsfeld Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung.

- c) Wie packen wir es an?
- (1) Cluster „Erarbeitung von Ernährungsempfehlungen“
- (a) Aktuelle lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen für Erwachsene

Die DGE plant 2024 die Veröffentlichung ihrer grundlegend überarbeiteten lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen für die gesunde, erwachsene Bevölkerung. Das neue, in einem partizipativen Prozess erarbeitete mathematische Optimierungsmodell vereint dabei verschiedene Zieldimensionen miteinander.

Nach dem Basismodell für die gesunde, erwachsene Durchschnittsbevölkerung sollen spezifische Empfehlungen abgeleitet werden, z. B. zu nährstoffangereicherten Lebensmitteln, bei vegetarischer/veganer Ernährung und für besondere Zielgruppen.

Die regelmäßige Aktualisierung der Empfehlungen wird unterstützt. Dafür ist eine kontinuierliche Erhebung von Gesundheits-, Verzehr- und Umweltdaten erforderlich, um die Empfehlungen möglichst aktuell und zielgenau zu halten.⁷⁴ Darüber hinaus sollen Akzeptanz, Verständlichkeit und Umsetzung der Empfehlungen evaluiert werden.

- (b) Erarbeitung evidenzbasierter lebensmittelbezogener Ernährungsempfehlungen für Säuglinge, Kinder und Jugendliche

Das BMEL unterstützt die Erarbeitung evidenzbasierter lebensmittelbezogener Ernährungsempfehlungen für Säuglinge ab dem Beikostalter, Kinder und Jugendliche. Dabei müssen die verschiedenen Bedürfnisse in den unterschiedlichen Lebensphasen und diversitätssensible Umsetzungsmöglichkeiten Berücksichtigung finden.

Relevante Berufsgruppen sollen im Rahmen eines partizipativen und transparenten Prozesses bei der Erarbeitung nach dem Konsensprinzip eingebunden werden.

- (2) Implementierung in Leitlinien und Handlungsempfehlungen
- (a) Erarbeitung evidenzbasierter Leitlinien für medizinische und Pflege-Fachkräfte

Medizinische und Pflege-Fachkräfte sind häufig erste Ansprechpartnerinnen und -partner für Ernährungsfragen. Um lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen stärker im Gesundheitswesen zu implementieren, sollen Leitlinien zu den gesundheitlichen Wirkungen von Ernährungsmustern auf dem höchsten Qualitätsniveau (S3) genutzt werden. Für die Erarbeitung sind die medizinischen Fachgesellschaften, unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), zuständig. Medizinische und Pflege-Fachkräfte richten ihr Handeln in Prävention und Therapie nach diesen medizinischen Leitlinien aus. Diese sind ihnen in der Methodik bekannt und garantieren eine wissenschaftliche Herleitung und damit Qualitätssicherung.

⁷⁴ siehe Maßnahme „Nationales Ernährungsmonitoring“ im Handlungsfeld Kontinuierliche Forschung.

Der Bund prüft bei Erscheinen neuer lebensmittelbezogener Ernährungsempfehlungen möglichen, daran anknüpfenden Handlungs- und Forschungsbedarf im Rahmen der Ressortforschung. Auf Grundlage solcher neu gewonnenen Erkenntnisse kann ggf. die Erarbeitung neuer evidenzbasierter AWMF-Leitlinien erfolgen.

Aktuell wird eine S3-Leitlinie zu Stilldauer und Interventionen der Stillförderung als ein wichtiges Element der *Nationalen Strategie zur Stillförderung* erarbeitet.⁷⁵ Alle relevanten Berufsgruppen und Fachgesellschaften sind in die Leitlinienerstellung eingebunden. Inhaltlich werden, neben den gesundheitlichen Effekten für Mutter und Kind, die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Stillförderung und Empfehlungen für die öffentliche Gesundheitsvorsorge beleuchtet.⁷⁶ Um die Empfehlungen bei allen Berufsgruppen zu etablieren, werden sie breit gestreut. Für Familien wird eine laienverständliche Version entwickelt und verbreitet.

(b) Evidenzbasierte Leitlinie zum Stillen

Alle Berufsgruppen, die mit Schwangeren und Stillenden in Kontakt sind, sollten einheitliche, wissenschaftlich fundierte Empfehlungen aussprechen. Als Basis dafür bedarf es einer medizinischen S3-Leitlinie der AWMF nach den höchsten wissenschaftlichen Standards.

Die Erarbeitung einer Leitlinie zu Stilldauer und Interventionen der Stillförderung ist ein wichtiges Element der *Nationalen Strategie zur Stillförderung*. Das Institut für Kinderernährung am MRI koordiniert die Erarbeitung und bindet alle relevanten Berufsgruppen und Fachgesellschaften ein. Inhaltlich werden, neben den gesundheitlichen Effekten für Mutter und Kind, die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Stillförderung und Empfehlungen für die öffentliche Gesundheitsvorsorge beleuchtet.⁷⁷ Um die Empfehlungen bei allen Berufsgruppen zu etablieren, werden sie breit gestreut. Für Familien wird eine laienverständliche Version entwickelt und verbreitet.

(c) Regelmäßige Aktualisierung und Erweiterung der Handlungsempfehlungen zu Ernährung und Bewegung in den ersten 1.000 Tagen

Die Handlungsempfehlungen des Netzwerks „Gesund ins Leben“ zu Ernährung und Bewegung vor und in der Schwangerschaft, in der Stillzeit sowie im Säuglings- und Kleinkindalter bündeln alle wichtigen Empfehlungen in den ersten 1.000 Tagen zu Lebensstilaspekten, die die Gesundheit des Kindes und der Mutter befördern. Sie sind breit akzeptierte und anerkannte Beratungsstandards. Die Umsetzung wird durch diverse Implementierungsmaßnahmen bei Fachkräften und jungen Familien gefördert. Eine regelmäßige Aktualisierung ist vorgesehen. Dies schließt ggf. Erweiterungen der Handlungsempfehlungen ein.

⁷⁵ S3-Leitlinie Stilldauer und Interventionen zur Stillförderung, siehe <https://register.awmf.org/de/leitlinien/detail/027-072>.

⁷⁶ Leitlinie „Stilldauer und Interventionen zur Stillförderung“.

⁷⁷ Leitlinie „Stilldauer und Interventionen zur Stillförderung“.

Die Handlungsempfehlungen beruhen auf bestehenden lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen (z. B. der DGE, dem Konzept der Optimierten Mischkost und dem Ernährungsplan für das 1. Lebensjahr) für diese Lebensabschnitte. Insbesondere nach Aktualisierung der lebensmittelbezogenen Empfehlungen im Säuglings- und Kindesalter ist eine Anpassung der Handlungsempfehlungen erforderlich.

(3) Verbesserung der Jodversorgung

Daten des RKI zeigen einen rückläufigen Trend der Jodversorgung und einen milden Jodmangel bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Knapp 44 Prozent der Kinder und Jugendlichen wiesen in der zweiten Welle der KiGGS-Studie ein Risiko für eine Jodunterversorgung auf. Jodmangel kann zur Entstehung eines Kropfes und von Schilddrüsenknoten sowie zu einer Schilddrüsenunterfunktion und Entwicklungsstörungen bei Kindern führen.⁷⁸

Außerdem zeigt eine repräsentative Markterhebung der Universität Gießen, dass weniger als ein Drittel der industriell hergestellten, gesalzenen Fleischerzeugnisse, Backwaren und Milchprodukte Jodsalz enthielten.⁷⁹

Um dem entgegenzuwirken, hat das BMEL 2023 eine langfristig angelegte Informationsoffensive initiiert.⁸⁰ Weiterhin sensibilisiert das BMEL die Lebensmittelwirtschaft vor dem Hintergrund des rückläufigen Trends der Jodversorgung in Deutschland für den Einsatz von Jodsalz bei der Lebensmittelverarbeitung. Das Motto lautet: „Wenn Salz, dann Jodsalz“. Gleichzeitig baut das BMEL ein Monitoring auf, das Grundlage für mögliche weitere Maßnahmen⁸¹ zur Verbesserung der Jodversorgung sein wird.

(4) Kommunikation und Umsetzung in die Praxis

Um bei der Verbreitung von lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen alle Zielgruppen zu erreichen, soll die Kommunikation stufenweise erfolgen:

- Gegenüber Fachkräften: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z. B. Gesundheitsfachkräfte, Ernährungsfachkräfte, Kindertagespflegepersonen, Kitapersonal oder Lehrerinnen und Lehrer) sind entscheidende Akteure für die Verbreitung der Empfehlungen. Qualifizierungsangebote und Weiterbildungen (fachlich und methodisch), bspw. von Fachkräften zur zertifizierten Ernährungsberaterin bzw. zum Ernährungsberater und von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu Ernährungsthemen, sollen mit vielfältigen Medien unterstützt werden. Beratungsmaterial und Visualisierungsmodelle sollen bereitgestellt werden.

⁷⁸ Gärtner, R. et al. (2021): Jod. Ein essenzielles Spurenelement in der Dauerkritik. *Ernährungs Umschau*; 68(12): M702–11. DOI: 10.4455/eu.2021.047.

⁷⁹ Bissinger, K. et al. (2018): Repräsentative Markterhebung zur Verwendung von Jodsalz in handwerklich und industriell gefertigten Lebensmitteln. <http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-9874>.

⁸⁰ siehe Maßnahme „Informationsoffensive zu Jodsalz“ im Handlungsfeld Ernährungskommunikation und -information.

⁸¹ Dies kann bspw. bedeuten, dass die Rechtsgrundlage für den freiwilligen Jodzusatz zu Speisesalz angepasst bzw. der Jodierungsgrad bei jodiertem Speisesalz angehoben wird. Die Änderungen der rechtlichen Vorgaben betreffen neben jodiertem Speisesalz für die Verwendung im Privathaushalt auch das in der Lebensmittelproduktion und der Gemeinschaftsverpflegung verwendete jodierte Speisesalz.

- In der Gemeinschaftsverpflegung: Die überarbeiteten Empfehlungen sollen in die DGE-Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung aufgenommen und dort kommunikativ und erklärend aufgegriffen werden.
- Gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern: Zielgruppengerechte Kommunikationsmaßnahmen sind essenziell. Die bestehenden Visualisierungsmodelle für die neuen lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen sollen wissenschaftlich abgesichert, barrierefrei, einfach verständlich und optisch ansprechend gestaltet werden.⁸² Weitere Kommunikationsmaßnahmen werden geplant. Schwerpunkt der Kommunikation soll die einfache Umsetzung der Empfehlungen mit praktischen Tipps und Handlungen sein.

2. Ernährungskommunikation und -information

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Klassische Maßnahmen zur Stärkung der Ernährungskompetenz zeigen oft nur eingeschränkt Wirkung. Die professionalisierte Ernährungskommunikation findet nicht in allen Zielgruppen gleichermaßen Anschluss. Ansprache und Maßnahmen passen häufig nicht zu den tatsächlichen Bedürfnissen und Interessen. Hinzu kommen individuelle Faktoren, die den Erfolg der Ernährungskommunikation behindern können, wie etwa Sprachbarrieren oder finanzielle Nöte.

Menschen informieren sich über sehr unterschiedliche Medien zu Ernährungsfragen. Soziale Medien gewinnen zunehmend an Bedeutung. 2022 nutzten laut Statistischem Bundesamt 48 Prozent der deutschen Bevölkerung aktiv soziale Medien, wobei die Zielgruppen 16- bis 24-Jährige mit 77 Prozent und 25- bis 44-Jährige mit 64 Prozent Hauptnutzende sind.⁸³ Die Themen Ernährung und Kochen sind mit 44 Prozent die Bereiche mit dem höchsten Interesse der Nutzenden sozialer Medien in Deutschland.⁸⁴

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Ernährungskommunikation kann Maßnahmen der anderen Handlungsfelder ergänzen. Sie kann Menschen dabei helfen, Ernährungskompetenz zu erwerben und im Alltag anzuwenden. Die moderne, institutionelle Ernährungskommunikation sucht den Dialog, ist verständlich und nahbar. Sie bietet handlungsorientierte und konkrete Empfehlungen an. Dafür müssen die Informationsangebote und Kommunikationswege den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden, leicht auffindbar sein und die aktuellen Entwicklungen zielgruppengerechter

⁸² siehe Maßnahme „Studien zur Wirksamkeit von Ernährungskommunikation am Beispiel der lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen“ im Handlungsfeld Kontinuierliche Forschung.

⁸³ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/Tabellen/nutzung-internet-privatezwecke-alter-mz-ikt.html>

⁸⁴ Godemann J. und T. Barthelmeß (2021): Ernährungskommunikation, Interdisziplinäre Perspektiven – Theorien – Methoden. Heidelberg.

Informationsvermittlung und Ernährungspädagogik berücksichtigen.⁸⁵ Insbesondere junge Menschen sollen stärker als bisher an der Entwicklung von Maßnahmen zur Ernährungsbildung und -kommunikation beteiligt werden, um deren Akzeptanz und Wirksamkeit zu verbessern.

Ernährungskommunikation richtet sich an die gesamte Bevölkerung und alle Altersgruppen. Ein besonderer Fokus soll auf Menschen liegen, die durch die bisherigen Kommunikationswege noch nicht so gut erreicht wurden.

Bei der Umsetzung von Kommunikationsmaßnahmen wird daher auf eine soziodiverse inklusive Ausrichtung sowie motivierende Formulierungen geachtet. Informationen müssen niedrigschwellig, barrierefrei und in verschiedenen Sprachen vermittelt werden. Hierzu gehören auch Visualisierungen und Bildsprache. Um insbesondere die Zielgruppe der unter 49-jährigen zu erreichen, muss die Ernährungskommunikation digitaler ausgerichtet werden. Aufsuchende, zielgruppenspezifische Angebote auch über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind besonders geeignet und sollen im Rahmen von Förderprojekten eingebunden werden. Die Professionalisierung von „Botschaftern aus den eigenen Reihen“ ist ein Konzept, das sich bei den durch IN FORM geförderten KINDERLEICHT-Regionen bewährt hat.

Neben ernährungsphysiologischen müssen auch ökologische Aspekte der Ernährung in die Formate integriert werden. Die verschiedenen Informationsmaßnahmen sollen gebündelt und die Kommunikation auf klar spezifizierte Kommunikationsziele konzentriert werden.

- c) Wie packen wir es an?
- (1) Digitale Ernährungskommunikation

Ein Schwerpunkt sollte auf der digitalen Ernährungskommunikation liegen, um insbesondere jüngere Menschen anzusprechen.

Es wird eine Social-Media-Strategie für verschiedene Zielgruppen entwickelt und umgesetzt. Eine Zusammenarbeit mit Botschafterinnen und Botschaftern für bestimmte Zielgruppen kann dabei den Zugang erleichtern. Auch für bestehende bzw. derzeit in Planung befindliche Informationsmaßnahmen⁸⁶ sowie Aktionspläne und Nationale Strategien wie IN FORM wird der verstärkte Einsatz digitaler, anwendungsorientierter Kommunikation geprüft.

- (2) Informationsmaßnahmen über ausgewählte Aspekte guter Ernährung

Zur Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung und zur Steigerung der Ernährungskompetenz werden Informationsmaßnahmen konzipiert und umgesetzt. Diese richten sich an die breite Öffentlichkeit, ausdifferenziert in unterschiedliche Zielgruppen. Ein besonderer Fokus wird auf die Schwerpunktzielgruppen der Ernährungsstrategie gelegt.

⁸⁵ siehe auch Maßnahme „Studien zur Wirksamkeit von Ernährungskommunikation am Beispiel der lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen“ im Handlungsfeld Kontinuierliche Forschung.

⁸⁶ bspw. zu Jodsalz, siehe Maßnahme „Informationsoffensive zu Jodsalz“ in diesem Handlungsfeld sowie zum Nutri-Score.

Mit der Durchführung von Pretests wird die Qualität der Maßnahmen gesichert, indem bspw. Verständlichkeit und Zielgruppenerreichbarkeit vorab überprüft werden.

Die Maßnahmen adressieren neben Verbraucherinnen und Verbrauchern auch die Ernährungsumgebungen (etwa Kitas, Schulen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Senioreneinrichtungen, öffentliche Verpflegungseinrichtungen, Handel). Die Informationsmaßnahmen in Zuständigkeit des BMEL werden wissenschaftlich begleitet, durch Wirkungsuntersuchungen ergänzt und entsprechend evaluiert.

(3) Weiterentwicklung der Ernährungskommunikation bei IN FORM

Im Rahmen der Weiterentwicklung von IN FORM wird im Ernährungsbereich künftig insbesondere den veränderten Kommunikations- und Lebensgewohnheiten der Verbraucherinnen und Verbraucher stärker entsprochen. Bei den Schwerpunktzielgruppen der Ernährungsstrategie sollen aufsuchende Angebote eine besondere Rolle spielen. Der Vernetzung mit sowie die Einbindung von relevanten Akteurinnen und Akteuren wird eine besondere Bedeutung beigemessen, um den Zugang zielgruppenspezifisch zu unterstützen und zu erleichtern.

Wichtige Kriterien sind die Visualisierung von Informationen sowie eine soziodiverse, inklusive Ausrichtung der Kommunikation. Der Digitalisierung als Instrument der Wissensvermittlung, der Netzbildung und der Gestaltung von Projekten und Strukturen kommt bei der Projektförderung eine deutlich hervorgehobene Rolle zu. Dadurch können besonders die jüngeren Altersgruppen erreicht werden.

(4) Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen für Ernährungskompetenz von besonderen Verbrauchergruppen

Das BMEL unterstützt im Rahmen von Projektförderungen über IN FORM Institutionen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft für Seniorenernährung e. V. (BAGSO), die Tafelakademie e. V. und die Verbraucherzentralen. Dabei stehen einsame ältere Menschen, solche mit niedrigem Einkommen und ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen weiteren Organisationen wie z. B. Tafeln, Migrations-, Wohlfahrts- und Sozialverbänden und die Ausrichtung auf die strategischen Ziele und Schwerpunktgruppen ist für die Ausbildung von Ernährungskompetenz wichtig.

Akteure der kommunalen Interessenvertretung, der Zivilgesellschaft sowie Vertretungen von Migrantenorganisationen und Integrationsagenturen sowie Ernährungsräte sind weitere wichtige Partner.

(5) Kommunikationsmaßnahmen zum Stillen

Mit der Umsetzung der *Nationalen Strategie zur Stillförderung* bündelt die Bundesregierung die Wissensvermittlung rund um das Stillen und baut sie aus. Familien werden von der Schwangerschaft über die Geburt bis hin zur Stillzeit zielgruppengerecht informiert und unterstützt.

Das „Netzwerk Gesund ins Leben“ im BZfE realisiert fortlaufend Kommunikationsmaßnahmen zur Stillförderung, die vor allem auch jene Frauen in den Blick nehmen, die bislang seltener oder kürzer stillen als Vergleichsgruppen.⁸⁷ Außerdem vernetzt es die relevanten Akteurinnen und Akteure. Mit der Erarbeitung der Leitfäden „Stillfreundlichkeit im Betrieb“ und „Stillfreundliche Kommune“ gibt der Bund den Verantwortlichen vor Ort Empfehlungen an die Hand, um ein Lebens- und Arbeitsumfeld zu schaffen, das das Stillen vereinfacht.⁸⁸

(6) Informationsoffensive zu Jodsalz

Um dem rückläufigen Trend in der Jodversorgung bei der gleichzeitig angestrebten Reduktion der Salzzufuhr im Rahmen der NRI entgegenzuwirken, hat das BMEL 2023 eine langfristige angelegte Informationsoffensive initiiert, um Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Lebensmittelwirtschaft für die Bedeutung von Jod für die Gesundheit und die Verwendung von Jodsalz zu sensibilisieren. Zielgruppen sind – neben der Lebensmittelwirtschaft – insbesondere Frauen im gebärfähigen Alter, Schwangere und Stillende, Familien mit minderjährigen Kindern sowie Menschen mit einem besonderen Ernährungsverhalten (insbesondere Personen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren). Die Informationsoffensive wird schwerpunktmäßig digital umgesetzt und erfolgt im Schulterschluss mit Akteuren aus dem Geschäftsbereich von BMEL und Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sowie dem Arbeitskreis Jodmangel e. V..

(7) Weiterentwicklung von *Zu gut für die Tonne!*

Bis 2030 soll die Lebensmittelverschwendung in privaten Haushalten in Deutschland halbiert werden. *Zu gut für die Tonne!* wird dafür u. a. anhand der im Rahmen des *Dialogforums private Haushalte* erarbeiteten Erkenntnisse weiterentwickelt. Verbraucherinnen und Verbrauchern soll es einfacher und im Alltag selbstverständlicher gemacht werden, Lebensmittelabfälle insbesondere durch bedarfsgerechte Planung, richtige Lagerung und kreative Verwertung von Lebensmitteln zu reduzieren. Mit *Zu gut für die Tonne!* werden außerdem Ergebnisse und Aktivitäten zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette verhaltensorientiert kommuniziert.

3. Ernährungsbildung

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Die Weichen für eine adäquate Ernährungskompetenz werden schon in früher Kindheit und Jugend gestellt. Die Ernährungsbildung in Kindertagespflege, Kitas und Schulen sowie die Ausgestaltung der Curricula für den ernährungsbildenden Unterricht und für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Betreuungs-, und Lehrpersonal sowie insbesondere Fachlehrkräften

⁸⁷ siehe Maßnahme „Ausbau niedrigschwelliger Angebote der Stillförderung sowie Stärkung der Ernährungskompetenz im Rahmen der Frühen Hilfen“ im Handlungsfeld Prävention.

⁸⁸ siehe Maßnahme „Unterstützung der kommunalen Stillförderung“ im Handlungsfeld Prävention.

liegen in der Zuständigkeit der Länder. Die Themen „Essen“ und „Ernährung“ sind in den Bildungsplänen der Länder für Kita und Schule sehr unterschiedlich verankert. Die ernährungsspezifischen Fächer in weiterführenden Schulen werden häufig ausschließlich im Wahlpflichtbereich und nicht an allen Schulformen angeboten. Ernährungsbezogene Inhalte in den entsprechenden Lehramtsstudiengängen sind nicht immer vorhanden. In der beruflichen Ausbildung pädagogischen Personals stellen sie häufig nur ein Randthema dar.⁸⁹

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Ziel ist eine zukunftsfähige Ernährungsbildung, in die stärker gesundheitliche, umwelt- und klimarelevante sowie gesellschaftliche Aspekte einfließen. Aufgrund der föderalen Struktur des Bildungssektors ist das gute Ineinandergreifen der jeweiligen Aktivitäten auf Länder- und Bundesebene notwendig, um Verbesserungen zu erreichen. Die Vernetzung von Bund und Ländern wird bis 2027 in Abstimmung mit den Ländern schrittweise ausgebaut und ein abgestimmtes Vorgehen etabliert.

Bis 2030 sollen im Rahmen der föderalen Ordnung zielgruppenspezifische, attraktive, flächendeckende und dauerhafte Bildungsangebote zur Stärkung der Ernährungskompetenz sichergestellt werden, um theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten im Ernährungsalltag in angemessenes Handeln umzusetzen. Früh vermitteltes Wissen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung kann außerdem die Wertschätzung für Lebensmittel fördern.

In Kita und Schule hat sich gezeigt, dass Maßnahmen zur Ernährungsbildung immer dann besonders erfolgreich sind, wenn sie Hand in Hand gehen mit einem qualitativ hochwertigen und für alle leicht zugänglichen Verpflegungsangebot. Die formale Ernährungsbildung im Schulunterricht sollte daher mit dem angebotenen Essen in der Schulverpflegung übereinstimmen.⁹⁰ Kita- und Schulkantinen werden als Lern- und Erfahrungsorte einbezogen. Im Sinne einer ganzheitlichen Ernährungsbildung sollten neben den ernährungsphysiologischen Grundlagen auch die Produktion von Lebensmitteln und ihre Umweltwirkungen – bspw. über den Besuch von landwirtschaftlichen Betrieben – sowie die Zubereitung von Lebensmitteln und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen und -verlusten thematisiert werden. Die Ernährungsbildung sollte stärker als bisher in die Lehr- und Bildungspläne integriert werden. Zudem sollte die Ernährungskompetenz des pädagogischen Personals stärker gefördert werden.

⁸⁹ Heseker, H., Dankers, R. und Hirsch, H. (2018): Ernährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen (ErnBildung). Schlussbericht für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (Förderkennzeichen 2816HS006).

⁹⁰ siehe Maßnahmen „Ausweitung der Unterstützung bei Beschaffung in Kita- und Schulverpflegung“, „Weiterentwicklung des EU-Schulprogramms“ und „Verbesserung der Ernährungsumgebung in Schulen“ im Handlungsfeld Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung.

c) Wie packen wir es an?

(1) Netzwerkarbeit zwischen Bund und Ländern

Der Bund setzt sich im Austausch mit der Kultusministerkonferenz (KMK), der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) und den Ernährungsreferentinnen und -referenten der Länder für eine Stärkung der Ernährungsbildung ein. Er ermöglicht Dialoge zur Verständigung auf gemeinsame Ziele. Disziplinen wie Umwelt- und Gesundheitsbildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung werden in die Netzwerkarbeit einbezogen.

Weitere Instrumente sind die intensive Nutzung der bestehenden Formate sowie die Einrichtung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe.⁹¹ Über Einrichtungen des Bundes, Dialogformate und vielfältige Kommunikationswege wird der Austausch mit den Akteuren in den Ländern kontinuierlich gepflegt und Kooperationen werden initiiert.

(2) Qualitätsgeprüfte Informationen und Materialien für die Ernährungsbildung

Es gibt eine Vielzahl an Materialien zur Ernährungsbildung von teils sehr unterschiedlicher Qualität. Ein großer Teil gelangt ohne vorherige fachliche Prüfung auf den Markt.

Der Bund wird sich dafür einsetzen, dass qualitätsgeprüfte barrierefreie Informationen und Materialien klar erkennbar sind, und ermöglicht Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Kindertagespflegepersonen sowie Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe einen niedrigschwelligen, transparenten Zugang zu qualitätsgesicherten Inhalten. Der durch das BMUV geförderte Materialkompass zur Verbraucherbildung des Verbraucherzentrale Bundesverbands e. V. (vzbv) unterstützt schon heute bei der Auswahl. Der zugrundeliegende Qualitätsstandard soll Maßstab für alle Materialien zur Ernährungsbildung werden.

(3) Flächendeckende Verbreitung von Medien zur Ernährungsbildung

Der Bund stellt exemplarische barrierefreie Informationsmaterialien, die auch für Bildungszwecke genutzt werden können, und wissenschaftsbasierte Informationen für die Bildung überwiegend digital und kostenfrei bereit und macht diese in der Zielgruppe bekannt. Angestrebt wird eine flächendeckende Verbreitung von Unterrichtskonzepten, die möglichst über qualitätsgeprüfte digitale Plattformen erfolgt. Neben Übersichten über Materialien zur Ernährungsbildung sind Austauschmöglichkeiten und E-Learning-Module zum zeitlich und räumlich unabhängigen Selbststudium zielführend. Das Angebot soll niedrigschwellig und barrierefrei gestaltet und bundesweit allen Akteurinnen und Akteuren der Ernährungsbildung zugänglich sein. Eine Zusammenarbeit mit bereits bestehenden digitalen Plattformen wird vorrangig angestrebt. Zur Qualitätssicherung sollen unter Beteiligung der Länder Standards erarbeitet werden.

⁹¹ siehe Maßnahmen „Vernetzung Bund-Länder-Kommunen“ und „Vernetzung der zuständigen Ressorts stärken“ im Handlungsfeld Effiziente Strukturen und Prozesse.

(4) Förderung der Ernährungskompetenz des pädagogischen Personals

Ernährungsbezogene Inhalte werden in allgemeinbildenden Schulen in Deutschland z. T. ohne fachliche Grundbildung der Lehrkräfte und anderer pädagogischer Fachkräfte unterrichtet. In der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Kindertagespflegepersonen spielen Ernährungsthemen derzeit nur eine untergeordnete Rolle.

Der Bund stellt für Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte Informationsangebote bereit, die für die Weiterbildung im Bereich Ernährung genutzt werden können und den Erwerb der grundlegenden fachlichen, didaktischen und methodischen Kompetenzen unterstützen. Diese Angebote sind in enger Abstimmung mit den zuständigen Ländern zu erarbeiten und als Ergänzung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte durch die Länder zu verstehen.

(5) Förderung „Lernort Bauernhof“

Um den Bauernhof als Lernort für Kinder und Jugendliche zu stärken, förderte das BMEL die Durchführung des Modellvorhabens „Bundesinitiative – Lernen auf dem Bauernhof“ (Dezember 2001 bis November 2003). Im Rahmen des Projektes hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAG LoB) gebildet. Sie ist ein Zusammenschluss pädagogisch arbeitender Projekte und Institutionen und versteht sich als Netzwerk und Interessenvertretung für alle interessierten „Lernort Bauernhof-Betriebe“.

BMEL unterstützt die BAG LoB mit Bundesmitteln für die Durchführung von bundeszentralen Informationsveranstaltungen zum Thema „Lernen auf dem Bauernhof“.

4. Prävention

a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Zahlreichen Krankheiten kann durch eine gesunde Ernährung und weiteren Präventionsmaßnahmen vorgebeugt werden. Innerhalb der Bundesregierung liegt die Zuständigkeit für gesundheitliche Prävention insbesondere beim BMG.

In Schwangerschaft, Stillzeit und Säuglingsalter ergeben sich besondere Nährstoffbedarfe. Studien belegen, dass in den ersten 1.000 Tagen – vom Zeitpunkt der Empfängnis bis zum Ende des zweiten Lebensjahres – der Lebensstil der Eltern prägenden Einfluss auf die spätere Gesundheit des Kindes hat.⁹² Eine ungünstige Ernährung in der Schwangerschaft sowie in den ersten beiden Lebensjahren kann das spätere Risiko für Übergewicht, Adipositas und Diabetes mellitus Typ 2 erhöhen. Somit haben die Ernährung und Gesundheit werdender Mütter, junger Familien und von Kleinkindern für die Prävention eine besondere Bedeutung.

⁹² WBAE (2020): Gutachten. S. 87f.: Die ersten 1000 Tage sind entscheidend für die Versorgung mit Mikronährstoffen wie Eisen, Zink, Calcium, Jod, Folat, Vitamin A, D, B6, B12 Außerdem wird hier der Grundstein für das spätere Ernährungsverhalten gelegt (z. B. Präferenzen von Lebensmitteln/Speisen geprägt) und wichtige Weichen für die gesundheitliche Entwicklung gestellt (z. B. senkt Stillen das Risiko für Übergewicht und Diabetes Typ 2-Erkrankungen).

Auch im Alter können sich besondere Nährstoffbedarfe ergeben. Eine unzureichende Versorgung mit bestimmten Nährstoffen, die häufig u. a. bei Klinikpatientinnen und -patienten sowie Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern im Rahmen eines Klinikaufenthalts als Nebendiagnose festgestellt wird, ist für diese Personengruppen ein relevantes Gesundheitsproblem.

Verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung adressieren bereits das präventive Potenzial einer gesunden Ernährung. So setzt bspw. der Nationale Aktionsplan IN FORM auf Verhaltens- und Verhältnisprävention in den Lebenswelten. Die *Nationale Strategie zur Stillförderung* fokussiert auf die gesundheitlichen Vorteile des Stillens für Mutter und Kind. Mit dem 2015 verabschiedeten Präventionsgesetz wurden die Gesundheitsförderung und Prävention insbesondere durch die Träger der Sozialversicherung gestärkt. Gesundheitsziele mit direktem Bezug zu Ernährung⁹³ werden in der Gesundheitsförderung der Krankenkassen berücksichtigt. Ein Schwerpunkt liegt auf Leistungen, die sich an Gruppen in bestimmten Lebenslagen richten. Der Koalitionsvertrag sieht eine Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes vor.

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Eine ausgewogene und gesundheitsförderliche Ernährung soll im medizinischen Kontext mehr Beachtung und Berücksichtigung finden. Dazu muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung im medizinischen Bereich inklusive der Pflegeberufe im Hinblick auf Ernährungsthemen evaluiert und um wirkungsvolle Maßnahmen zur stärkeren Berücksichtigung von Ernährungsinhalten ergänzt werden.

Der qualitätsorientierten Gemeinschaftsverpflegung kommt in der Prävention eine bedeutende Rolle zu. Wenn Erkrankungen bestehen und ein Klinikaufenthalt oder eine medizinische Rehabilitation notwendig sind, soll die Verpflegung vor Ort den Heilungs- und Erholungsprozess besser unterstützen. Patientinnen und Patienten sollen, gerade bei Krankheiten, die durch ungünstige Ernährungs- und Lebensweisen mit verursacht werden, auch für zu Hause Anregungen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung erhalten. Die Verpflegung in Kliniken darf den ggf. dort angebotenen Bildungsmaßnahmen nicht zuwiderlaufen. Erste Ansätze, wie die Qualitätsstandards der DGE für die Verpflegung in Kliniken und Reha-Einrichtungen, sollen weiterentwickelt und möglichst erweitert werden.

Auch in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (z. B. Werkstätten für behinderte Menschen, Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke), Tagesförderstätten sowie in besonderen und ambulant betreuten Wohnformen für Menschen mit Behinderungen muss eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung nach dem aktuellen DGE-Qualitätsstandard gewährleistet sein.

⁹³ „Diabetes mellitus Typ 2: Erkrankungsrisiko senken, Erkrankte früh erkennen und behandeln“ und „Gesund aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung“. Siehe § 20 Abs. 3 SGB V.

Der Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode sieht einen Aktionsplan zur Umsetzung des Nationalen Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ vor. Im Fokus stehen dabei u. a. Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung von der Schwangerschaft bis zum Säuglingsalter. Die Bundesregierung wird bei der Entwicklung eines Nationalen Präventionsplans sowie des Aktionsplans zur Umsetzung des Nationalen Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ die Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung hervorheben. Mit der Umsetzung der *Nationalen Strategie zur Stillförderung* trägt die Bundesregierung dazu bei, das Potenzial einer gesunden Ernährung von Geburt an auszuschöpfen. Die im Gesundheits-, Präventions- und Vorsorgewesen bereits vorliegenden Instrumente (z. B. Bundes- und Landesrahmenempfehlungen, Präventionsleitfaden und -strategie) wollen wir weiter nutzen, prüfen und ggf. fortentwickeln.

c) Wie packen wir es an?

(1) Gesundheitsförderung in Kommunen stärken, rechtliche Voraussetzungen und gemeinsame Präventionsstrategie weiterentwickeln

Die Kommune ist für die Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten Wohnen, Lernen, Studieren, medizinische und pflegerische Versorgung sowie Freizeitgestaltung einschließlich Sport die zentrale Ebene. Die Ausgestaltung von Angeboten variiert jedoch stark.

Um die Gesundheitsförderung nachhaltig zu stärken werden zum Teil strukturelle Verbesserungen auf kommunaler Ebene vorgeschlagen: So kommt die Nationale Präventionskonferenz (NPK) in ihrem zweiten Präventionsbericht für den Bereich der Länder zu dem Schluss, dass Gesundheitsförderung und Prävention als gesetzliche Pflichtaufgabe in Kommunen und Öffentlichem Gesundheitsdienst (ÖGD) verankert werden müssten. Der Bund kann die Akteure hier im Rahmen seiner Strukturen flankieren (insb. Robert Koch-Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und perspektivisch das geplante Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin).

Die von der NPK entwickelte nationale Präventionsstrategie der Spitzenorganisationen der Sozialversicherungsträger und des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) verfolgt das Ziel, allen Menschen in Deutschland ein gesundes Aufwachsen, ein gesundes Leben und Arbeiten sowie Gesundheit im Alter zu ermöglichen. Kommunen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Betriebe und Pflegeeinrichtungen sollen Rahmenbedingungen bieten, die Gesundheit, Sicherheit und Teilhabe fördern.

Die Erfahrungen mit der nationalen Präventionsstrategie haben gezeigt, dass die von den Sozialversicherungsträgern und der PKV vereinbarte, gemeinsame nationale Präventionsstrategie an ihre Grenzen stößt, da die meisten der gesundheitlichen Problemlagen erheblich durch Faktoren jenseits ihrer gesetzlichen Leistungsspektren beeinflusst werden. Die Bundesrahmenempfehlungen und die darin enthaltenen Ziele „Gesund aufwachsen“, „Gesund

leben und arbeiten“ und „Gesund im Alter“ zeigen auf, dass Prävention im Ernährungsbereich eine Querschnittsaufgabe ist, die von unterschiedlichen Akteuren getragen und in allen Lebenswelten verankert werden muss. Der NPK und allen vertretenen Verantwortlichen für Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung einschließlich der Länder und Kommunen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Um die Qualität und Effizienz von Angeboten und Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention grundsätzlich zu verbessern, soll auch der Nationale Präventionsplan (NPP) daher in allen Bereichen der Prävention und Gesundheitsförderung auf eine bessere Vernetzung der verschiedenen Akteure hinwirken, damit deren Handeln aufeinander abgestimmt erfolgt. Der NPP, der in Vorbereitung ist, versteht sich u. a. als ein wesentlicher Beitrag zu einer politikübergreifenden gesundheitsförderlichen Gesamtpolitik im Sinne von *Health in All Policies*. Ziel des NPP ist es dabei auch, durch einen krankheitsübergreifenden Ansatz gesundheitliche Ressourcen zu stärken und Gesundheitsrisiken zu senken.

(2) Verankerung von Ernährung und Prävention ernährungsassoziierter Erkrankungen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Gesundheitssektor

Um kompetent über die Prävention von Übergewicht, Mangelernährung und ernährungsmitbedingten Krankheiten beraten zu können, muss neben qualifizierten Ernährungsfachkräften (u. a. Diätassistentinnen und Diätassistenten) auch das medizinische Personal (z. B. Ärztinnen und Ärzte, Praxis- und Pflegepersonal sowie Hebammen) über entsprechendes Fachwissen verfügen.

Ziel ist es deshalb, die Qualifikation zur Prävention und Behandlung ernährungsassoziierter Erkrankungen systematisch zu verbessern. Dazu erfolgt im Auftrag der Bundesregierung eine Analyse des Status Quo, bspw. durch Auswertung der relevanten Curricula oder durch Erhebung des tatsächlichen Wissenstandes. Aus diesen Erkenntnissen können Maßnahmen für eine Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildung abgeleitet werden, wie z. B. die Förderung des Fortbildungsangebotes für Ärztinnen und Ärzte in Kooperation mit der Bundesärztekammer. Die Bundesregierung unterstützt so die für die inhaltliche Ausgestaltung der Curricula und für die Fort- und Weiterbildung Verantwortlichen wie Länder, Fakultäten, Schulen und Kammern.

(3) Unterstützung der kommunalen Stillförderung

Kommunen sind für die Stillförderung besonders wichtig, da junge Familien auf kommunaler Ebene am besten erreicht werden können. Koordinierungsstellen und kommunale Akteure wie Babylotsen haben bei der Stillförderung eine wichtige Vermittlerrolle. Stillfreundliche Orte und Selbsthilfeangebote erleichtern Familien das Stillen. Um die Stillförderung in den Kommunen zu stärken, muss sie als fester Bestandteil der Gesundheitsförderung und Prävention rund um die Geburt etabliert und mit anderen Präventionsaktivitäten vernetzt werden. Dafür bedarf es fester Strukturen auf allen föderalen Ebenen sowie einer Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten zur Stillförderung von Bund, Ländern und Kommunen.

Zur Unterstützung der Stillförderung in den Kommunen erarbeitet der Bund einen Leitfaden zur stillfreundlichen Kommune.⁹⁴ Außerdem stellt der Bund qualitätsgeprüfte Informationen und Materialien zur Stillförderung zur Verfügung.

- (4) Ausbau niedrigschwelliger Angebote der Stillförderung sowie Stärkung der Ernährungskompetenz im Rahmen der Frühen Hilfen

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die individuellen, sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen für das Stillen nachhaltig zu verbessern und beteiligt dabei die relevanten Akteure. Zu den Kernzielen der *Nationalen Strategie zur Stillförderung* zählt die Förderung stillfreundlicher Lebenswelten sowie bedarfsorientierter, vernetzter und niedrigschwelliger Angebote im Rahmen der Präventions- und Versorgungsstrukturen und der kommunalen Gesundheitsvorsorge. Familien in schwierigen Lebenslagen profitieren davon überdurchschnittlich stark.

Das gilt auch für die aufsuchende Familienhilfe, die Gesundheitsförderung und die Angebote der Frühen Hilfen. Dabei kommt den Netzwerken Frühe Hilfen, in denen Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen sowie der Schwangerschaftsberatung und Frühförderung zusammenarbeiten, eine bedeutende Rolle zu. Die Fachkräfte in den Frühen Hilfen suchen gezielt belastete Familien mit Kindern bis zu drei Jahren auf und unterstützen sie dabei, ihren Alltag im Sinne eines gesundheitsförderlichen Lebensstils zu gestalten. Dazu bedarf es qualitätsgesicherter zielgruppenspezifischer Bildungs- und Informationsangebote. Das BZfE und das Nationale Zentrum Frühe Hilfen entwickeln dafür E-Learning-Module, die in die bestehende Lernplattform der Frühen Hilfen integriert werden.

- (5) Überprüfung der Stillberatung in medizinischen Versorgungsstrukturen

Damit Stillen sein gesamtes präventives Potenzial entfalten kann, gilt es, dabei zu unterstützen, Stillschwierigkeiten vorzubeugen, frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Dazu müssen Schwangere und Mütter niedrigschwellige, bedarfsgerechte Stillberatung erhalten.

Es ist zu prüfen, ob der Beratungsbedarf durch die bestehenden Versorgungsstrukturen sowie die von den Krankenkassen und Kommunen finanzierten Leistungen ausreichend gedeckt werden kann. Sollten Defizite festgestellt werden, müssen die Ursachen analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Mögliche Ansatzpunkte sind das Aufgreifen des Stillens in den Mutterschafts-Richtlinien oder im Rahmen der pränatalen Beratung im Mutterpass. Für eine Etablierung der Stillförderung im Rahmen der Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten bei Kindern bedarf es einer Anpassung der Kinder-Richtlinie, die die Umsetzung der Früherkennungsuntersuchungen regelt. Die Entscheidung über etwaige Anpassungen obliegt der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.

⁹⁴ siehe Maßnahme „Kommunikationsmaßnahmen zum Stillen“ im Handlungsfeld Ernährungskommunikation und -information.

Die Bundesregierung unterstützt Vorstöße zur strukturellen Verbesserung der Stillförderung. Sie wird u. a. durch Forschung und Erarbeitung geeigneter Maßnahmen und Modellprojekte dazu beitragen, dass alle Frauen in Deutschland Zugang zu einer adäquaten Stillförderung erhalten. Dieses Ziel wird auch mit dem Aktionsplan „Gesundheit rund um die Geburt“ verfolgt.

(6) Individuelle Ernährungsberatung leichter zugänglich machen

Präventionsangebote sehen im Rahmen der Ernährungsberatung in der Regel verhaltensorientierte Informationsvermittlung in Gruppen vor. Eine individuelle Ernährungsberatung wird von den Krankenkassen oft nur finanziert, wenn bereits bestimmte Erkrankungen vorliegen. Eine präventive Ernährungsberatung, die u. a. den individuellen Ernährungsbedarf in verschiedenen Lebenslagen berücksichtigt (z. B. spezieller Nährstoffbedarf bei Schwangeren, Stillenden oder im Alter), kann dabei zu kurz kommen.

Ein möglicher Ansatzpunkt, um derartige Leistungen allen Menschen mit besonderem Ernährungsbedarf zugänglich zu machen, ist eine gesetzliche Verankerung der individuellen Ernährungsberatung im SGB V im Rahmen der Vorsorgeleistungen. Voraussetzung, um die Ernährungsberatung im Rahmen der Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten bei Kindern zu etablieren, ist, dass die Kinder-Richtlinie angepasst wird. Die Entscheidung darüber obliegt der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Die Bundesregierung unterstützt Vorstöße zu einer individuellen, kassenfinanzierten Ernährungsberatung, bevor eine Erkrankung vorliegt, und wird entsprechende Möglichkeiten prüfen.

(7) „Vorsorge-Ernährungsberatung“ für Familien mit Kleinkindern

Durch an junge Familien gerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Ernährungskompetenz mit dem Ziel, eine adäquate Versorgung mit Nährstoffen zu gewährleisten sowie kindlichem Übergewicht vorzubeugen, können die Weichen für ein gesundes Aufwachsen gestellt werden. Die Stärkung der Ernährungskompetenz ist bislang jedoch nicht Gegenstand der Mutterschafts- und Kinderrichtlinie.⁹⁵ Langfristig müssen Maßnahmen zur Steigerung der Ernährungskompetenz junger Familien in die Gesundheitsroutinen (z. B. Vorsorgeuntersuchungen) und Präventionsangebote der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.

Es sollen niedrigschwellige, auch aufsuchende Angebote geschaffen werden, die unabhängig von medizinischer Indikation nutzbar sind. Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte können eine Vermittlungsfunktion übernehmen. Bestehende Strukturen (z. B. Geburtsvorbereitungskurse oder Hebammenversorgung im Wochenbett) sollten genutzt werden. Außerdem sollte zielgruppenspezifisch geprüft werden, über welche Kanäle (z. B. medizinisches Personal,

⁹⁵ Aktuell können nur Hebammen unter gewissen Voraussetzungen Beratungsleistungen zur Ernährung von Säuglingen abrechnen.

Kitas, ÖGD, Netzwerke, Verbände) junge Familien noch erreicht werden können. Die unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten von Personen mit Migrationshintergrund sowie evtl. bestehende Sprachbarrieren sind dabei zu beachten.

Die Entscheidung über kassenfinanzierte Leistungen obliegt der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Der Bund kann einen Beitrag zur Diskussion und zur Erforschung der Wirksamkeit verschiedener Interventionsformen leisten. Der Bund sollte Möglichkeiten der Finanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Ernährungskompetenzen schaffen, z. B. steuerliche Absetzbarkeit oder eine anteilige Finanzierung über die Krankenkassen. Angelehnt an die Kostenübernahmen in der Versorgung von Schwangeren und Wöchnerinnen könnten diese erweitert werden, bis das Kind drei Jahre alt ist.

(8) Digitale Modellprojekte fördern

Der Digitalisierung kommt eine wichtige Rolle bei der Prävention von Erkrankungen auch im Kontext der Ernährung zu. So können etwa über Apps oder Webanwendungen als neue Möglichkeiten für die Prävention sowohl Wissen vermittelt als auch konkrete gesundheitsförderliche Verhaltensweisen erlernt werden. Bei der Unterstützung und Förderung digitaler Anwendungen sollte ein besonderer Fokus auf innovative digitale Konzepte zur Gesundheitsvorsorge im Bereich Ernährung und Bewegung gelegt werden.

Der Forschungsverbund SMARTACT, der zwischen 2015 und 2023 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurde, hat wichtige Grundlagen zur Anwendung digitaler Applikationen etwa hinsichtlich technischer Voraussetzungen oder der Erreichung von Zielgruppen gelegt.

(9) Bedeutung eines gesunden Verpflegungsangebots in Einrichtungen des Gesundheitswesens stärken

Mit den DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Kliniken bzw. in stationären Pflegeeinrichtungen liegen detaillierte, zielgruppengerechte Empfehlungen für ein gutes Verpflegungsangebot vor. Der Bund wird sich für eine flächendeckende Anwendung stark machen.

Angemessene Verpflegungsentgelte für Pflegeleistungen in zugelassenen Pflegeeinrichtungen spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung. Sie sollten durch die Vertragsparteien so vereinbart sein, dass eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung der stationär zu versorgenden Pflegebedürftigen nach dem aktuellen DGE-Qualitätsstandard finanziert werden kann. Mit den maßgeblichen Akteuren des Krankenhauswesens sollte erörtert werden, ob qualitätsbezogene Indikatoren, z. B. Ergebnisse externer Qualitätsprüfungen, in die Finanzierung der Verpflegungsleistungen einfließen könnten. Es ist wichtig, auch in Einrichtungen der Langzeitpflege angemessen für den Bereich Ernährung qualifizierte Kräfte vorzuhalten, auch um zeitnah insbesondere der Gefahr einer Mangelernährung vorbeugen oder diese rechtzeitig erkennen zu können.

(10) Verpflichtendes Screening auf Mangelernährung in Krankenhäusern; Erhöhung der Transparenz über Mangelernährung in Pflegeeinrichtungen

Die Erfassung von Mangelernährung und das routinemäßige Screening vulnerabler Personengruppen sind wichtige Schritte, um den Bedarf der Patientinnen und Patienten zu erkennen. Pflegeeinrichtungen sind über § 11 SGB XI verpflichtet, nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse zu pflegen. Dieser wird in den Expertenstandards des Deutschen Netzwerks für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP) festgehalten. Der Expertenstandard „Ernährungsmanagement zur Sicherung und Förderung der oralen Ernährung in der Pflege“ sieht vor, dass bei allen Bewohnerinnen und Bewohnern zu Beginn des pflegerischen Auftrags, bei akuten Veränderungen und in individuell festzulegenden Abständen ein Screening auf Anzeichen für eine drohende oder bestehende Mangelernährung durchzuführen ist. Die Einhaltung der fachlichen Standards wird im Rahmen der regelmäßigen Qualitätsprüfungen nach §114 SGB XI durch den Medizinischen Dienst sowie den Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung kontrolliert. Darüber hinaus sind die vollstationären Pflegeeinrichtungen seit dem 1. Januar 2022 gesetzlich verpflichtet, für alle Bewohnerinnen und Bewohner halbjährlich indikatorenbasierte Qualitätsdaten zu erheben und an die unabhängige Datenauswertungsstelle nach § 113 Absatz 1b SGB XI zu übermitteln. Zu den zu erhebenden Qualitätsdaten gehören auch Angaben zur Ernährungssituation. Um die Transparenz über das Auftreten von Mangelernährung in Pflegeeinrichtungen zu erhöhen, wird das BMG den Medizinischen Dienst Bund dazu auffordern, im Rahmen seiner regelmäßigen Qualitätsberichterstattung nach § 114a Absatz 6 SGB XI zukünftig einen besonderen Schwerpunkt auf die Ernährungssituation der Pflegebedürftigen zu legen.

Soweit dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) nach den §§ 136 ff. SGB V die Aufgabe der Ausgestaltung und Konkretisierung der Qualitätssicherung in Krankenhäusern übertragen ist, hat dieser grundsätzlich die Möglichkeit, Vorgaben zur Verbesserung der Ernährung im Krankenhaus in seiner Qualitätsmanagement-Richtlinie zu treffen. Hiervon hat er bislang keinen Gebrauch gemacht. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass der G-BA Qualitätssicherungsmaßnahmen nur beschließen kann, wenn insbesondere auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse hinreichend wahrscheinlich ist, dass diese die Güte der Leistungserbringung sichern oder fördern. Ob dies der Fall ist, ist vom G-BA fachlich zu prüfen.

Als weitere Maßnahme der Qualitätssicherung in Krankenhäusern sind die sog. Qualitätsverträge zu nennen. Bei diesen handelt es sich um zeitlich befristete Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und Krankenhausträgern zur Einhaltung besonderer Qualitätsanforderungen. Der Gesetzgeber hat hierfür dem G-BA die fachliche Normsetzungsverantwortung zur Auswahl entsprechender Leistungen oder Leistungsbereiche übertragen. Damit soll die Grundlage geschaffen werden, mehr Engagement und Ressourcen in diesen Versorgungsbereichen einzubringen und somit die Qualität der Versorgung von betroffenen Patientinnen und Patienten zu steigern.

Am 11. August 2022 ist ein Beschluss des G-BA in Kraft getreten, der Qualitätsverträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern zur Diagnostik, Therapie und Prävention von Mangelernährung ermöglicht. Als wesentliche Ziele werden u. a. die Wiederherstellung eines guten Ernährungszustandes und damit verbundene positive Auswirkungen auf den Gesundheitszustand genannt. Insbesondere onkologische, geriatrische bzw. Patientinnen oder Patienten auf Intensiv- oder Viszeralstationen würden von entsprechenden Maßnahmen profitieren. Validierte Screening-Instrumente können zur Identifikation therapiebedürftiger Patientinnen und Patienten hilfreich sein. Als eine mögliche Grundvoraussetzung für den Abschluss solcher Qualitätsverträge werden die Anforderungen des OPS-Kodes „8-98j – Ernährungsmedizinische Komplexbehandlung“ angeführt, die u. a. ein standardisiertes Screening des Ernährungsstatus vorsehen. Damit rückt das Thema der Mangelernährung stärker in den Fokus und die Einhaltung diesbezüglicher Qualitätsanforderungen kann Gegenstand gesonderter Anreizsysteme werden.

- (11) Analyse und Bewertung der Ernährungssituation und Qualität der Ernährungsversorgung in Krankenhäusern und stationären Langzeitpflegeeinrichtungen

Um Aufmerksamkeit für Mangelernährung bei Patientinnen und Patienten sowie Pflegebedürftigen zu schaffen, findet jährlich und weltweit der *nutritionDay* statt. Es handelt sich dabei um eine Erhebung der Ernährungssituation in Krankenhäusern und stationären Pflegeeinrichtungen anhand freiwillig ausgefüllter Fragebögen. Ziel ist es, die Prävalenz von Mangelernährung und die ernährungsrelevanten Versorgungsstrukturen zu erfassen.

Das BMEL fördert ein Forschungsvorhaben, das die Erhebungen des *nutritionDay* 2022 auswertet. In einem zweiten Schritt wird die Qualität der Ernährungsversorgung in deutschen Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen anhand zusätzlicher Erhebungen bewertet. Auf dieser Basis sollen Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Ernährungsversorgung abgeleitet werden. Ergänzend sind eine Analyse der Kosteneffektivität von Maßnahmen zur Ernährungsversorgung sowie Modellrechnungen für das deutsche Gesundheitssystem geplant. Diese können wertvolle Hinweise für die Ableitung und Bewertung zielgerichteter Maßnahmen liefern.⁹⁶

5. Ernährung und Bewegung gemeinsam denken

- a) Warum besteht Handlungsbedarf?

Ein Lebensstil mit ausreichend Bewegung und einer ausgewogenen Ernährung kann maßgeblich dazu beitragen, dass Menschen gesund bleiben. Andererseits tragen eine einseitige, nicht bedarfsgerechte Ernährung und Bewegungsmangel wesentlich zur Entstehung von

⁹⁶ Durchgeführt wird das Vorhaben durch die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in Kooperation mit der Geschäftsstelle des *nutritionDay* und der Deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin e. V. (DGEM).

Übergewicht und ernährungsmitbedingten Krankheiten wie Diabetes mellitus Typ 2, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs bei.

Fehlernährung und Bewegungsmangel sind in Deutschland weit verbreitet. Aktuelle Zahlen zeigen, dass nur ein Viertel der Erwachsenen die Kombination der zwei Bewegungsempfehlungen der WHO erfüllen⁹⁷ und dass 42 Prozent während der COVID-19 Pandemie seltener körperlicher aktiv waren als zuvor bzw. komplett damit aufhörten.⁹⁸ Nach Daten des RKI bewegen sich 57 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland durchschnittlich mindestens eine Stunde pro Tag lebhaft und erreichen damit die Mindestempfehlung der WHO. Je höher das Alter der Kinder und Jugendlichen, desto seltener sind sie körperlich aktiv.

b) Was ist unsere Zielsetzung?

Die Gestaltung gesundheitsförderlicher Rahmenbedingungen, bei denen Ernährung und Bewegung in den unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenswelten zusammen betrachtet werden, bietet ein hohes Potenzial, um das Erkrankungsrisiko zu senken. Dies gilt besonders auch im Kindes- und Jugendalter: Ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung sind die Grundlagen für gesundes Aufwachsen und die Prägung eines gesunden Lebensstils sowie wichtige Elemente des kindlichen Wohlbefindens. Dabei soll ein systemischer Ansatz aus Verhaltens- und Verhältnisprävention die Themen Ernährung und Bewegung verbinden und auch die Auswirkungen auf Umwelt und Klima berücksichtigen.

Verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung adressieren bereits das gesundheitsförderliche und präventive Potenzial eines gesunden Lebensstils mit gesunder Ernährung und ausreichend Bewegung. Der Nationale Aktionsplan IN FORM - *Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung* der Bundesregierung bündelt Strategien, Programme und Maßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft für eine gesundheitsförderliche Lebensweise mit ausgewogener Ernährung und mehr Bewegung. Er verfolgt das Ziel, das Ernährungs- und Bewegungsverhalten in Deutschland nachhaltig zu verbessern, um Übergewicht und durch den Lebensstil mitbedingte Erkrankungen zu reduzieren. Ernährung und Bewegung werden dabei als gleichwertige und entscheidende Bausteine eines gesunden Lebensstils verstanden. IN FORM intensiviert Kooperationen, verbreitet praxistaugliche Ansätze sowie Informationen und unterstützt Netzwerke. IN FORM wird stetig weiterentwickelt und an die gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst.

Daneben sind BMBF und BMEL seit 2010 in der gemeinsamen europäischen Programminitiative „A Healthy Diet for a Healthy Life“ (HDHL) beteiligt, in der auch transnationale Forschungsprojekte zu einem gesunden Lebensstil gefördert werden.

⁹⁷ Europäische Kommission & WHO/Europa (2021): 2021 Physical Activity Factsheets for the EU Member States in the WHO European Region. Die kombinierte Empfehlung beinhaltet mindestens 150 Minuten Bewegung und zweimalige Muskelkräftigung pro Woche für Erwachsene. <https://www.who.int/europe/publications/i/item/WHO-EURO-2021-3409-43168-60449>.

⁹⁸ Europäische Kommission (2022): Special Eurobarometer 525. Sport and Physical Activity. <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2668>.

- c) Wie packen wir es an?
- (1) Weiterentwicklung von IN FORM

IN FORM legt einen besonderen Fokus darauf, gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungs- und Bewegungsumgebungen zu schaffen.

Zukünftig werden im Rahmen des Aktionsplans IN FORM neben den jeweils spezifischen Maßnahmen in den Bereichen Ernährung und Bewegung auch Ansätze noch stärker in den Blick genommen, die Ernährung und Bewegung zusammendenken und in Lebenswelten gemeinsam auf einen gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Lebensstil hinwirken.

Die Projektförderung im Bereich Ernährung wird sich insbesondere auf Maßnahmen ausrichten, die Kinder und Jugendliche, armutsbedrohte und von Armut betroffene Haushalte sowie Menschen mit Migrationshintergrund adressieren. Mit Blick auf die Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit werden weitere Bevölkerungsgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf im Rahmen von IN FORM verstärkt adressiert. Hierfür werden Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, die sich für eine Stärkung der Ernährungskompetenz von besonderen Verbrauchergruppen einsetzen, gefördert.⁹⁹ Um langfristig die Qualität der ernährungsbezogenen IN FORM-Projekte zu verbessern, wird ein Qualitätsrahmen erarbeitet. Der Aufbau eines Qualitätsmonitorings soll Aussagen über bearbeitete Ziele und den Umsetzungsstand ermöglichen. Die in IN FORM erfolgreich entwickelten Ansätze sollen verstetigt, in nachhaltige Strukturen überführt und noch besser bekannt gemacht werden.

Maßnahmen zur Bewegungsförderung im Rahmen von IN FORM werden federführend vom BMG verantwortet und durchgeführt. Bei der weiteren Maßnahmenplanung für diesen Bereich sollen die Ergebnisse des Runden Tisches „Bewegung und Gesundheit“ berücksichtigt werden.

- (2) Runder Tisch „Bewegung und Gesundheit“

Der vom BMG initiierte Runde Tisch „Bewegung und Gesundheit“ dient als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken sowie zukünftigen Aktivitäten im Bereich Bewegung und Bewegungsförderung. Darin wurden die relevanten Akteure aus Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und weiteren Interessensgruppen zusammengebracht mit dem Ziel, sich zu verständigen, wie Bewegung und ein aktiver Lebensstil bei allen Menschen in Deutschland gestärkt werden kann. Im Rahmen des Runden Tisches wurden auch Aspekte einer gemeinsamen Betrachtung von Ernährung und Bewegung mitberücksichtigt. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Runden Tisches sollen dazu beitragen, politische Entscheidungen und Aktivitäten zur Förderung von Bewegung und Gesundheit voranzutreiben.

⁹⁹ siehe Maßnahme „Innovative Ansätze im Bereich soziodiverse Ernährungsbildung“ im Handlungsfeld Soziale Aspekte der Ernährung sowie Maßnahme „Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen für Ernährungskompetenz von besonderen Verbrauchergruppen“ im Handlungsfeld Ernährungskommunikation und -information.

Die Sitzungen des Runden Tisches legten Schwerpunkte auf verschiedene Lebensphasen. So wurden Familien und Kleinkinder, Kinder und Jugendliche im Kindergarten- und Schulalter, Erwachsene im Erwerbsalter sowie ältere Menschen in den Fokus genommen. Als Ergebnis des Runden Tisches ist ein Konsenspapier mit Empfehlungen und Maßnahmen vorgesehen. Das Konsenspapier liegt voraussichtlich Anfang 2024 vor.

(3) Restart Programm zur Förderung des Vereinssports

Das Programm „ReStart – Sport bewegt Deutschland“ wurde mit 25 Millionen Euro vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) bis Ende 2023 gefördert. Das Programm besteht aus verschiedenen Säulen und Modulen (Programmbausteinen), die die Verbände, Vereine, Ehrenamtliche, Vereinsmitglieder, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger ansprechen sollen. Ziel ist es u. a., nach der Corona-Pandemie wieder mehr Menschen in Deutschland in Bewegung zu bringen und für den Vereinssport zu begeistern, den Stau bei der Qualifizierung von Übungsleitenden, Trainerinnen und Trainern und Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern auszugleichen und die Vereinsentwicklung zu unterstützen.

(4) Entwicklungsplan Sport

Der Entwicklungsplan Sport knüpft an den Bewegungsgipfel im Dezember 2022 an und sieht Sport als gemeinschaftliche Aufgabe. 2023 sollen nach einer Bestandsaufnahme und -analyse konkrete Vorschläge umsetzungsreif ausgearbeitet werden. Die mit Blick auf die gesetzten Ziele des Entwicklungsplans Sport innovativsten, nachhaltigsten und erfolgversprechendsten Vorschläge sollen ab 2024 in der Breite umgesetzt werden. Zentrale Handlungsfelder werden die Ertüchtigung von Sportstätten, Nachhaltigkeit, Integration, Inklusion, Sport in Schulen und Kinderbetreuung sowie die Stärkung des Ehrenamtes sein.

C. Effiziente Strukturen und Prozesse

1. Warum besteht Handlungsbedarf?

Ernährung ist ein Querschnittsthema mit vielen unterschiedlichen Akteuren in Staat und Gesellschaft. Das Kompetenzgefüge ist hinsichtlich der institutionellen und föderalen bzw. regionalen Strukturen komplex.

Damit die in den verschiedenen Handlungsfeldern der Ernährungsstrategie entwickelten Maßnahmen wirksam umgesetzt werden können und sich sinnvoll verzahnen, sind eine noch stärkere Vernetzung und eine weitere Verbesserung der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit der betroffenen Akteure, über alle Ebenen und Zuständigkeiten hinweg, erforderlich.

2. Was ist unsere Zielsetzung?

Die Strukturen für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, öffentlichen Institutionen sowie allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren werden effizient im Sinne einer zu-

kunftsfesten Ernährungspolitik genutzt und ausgebaut. Es sollen Expertisen zusammengebracht, Synergieeffekte genutzt und ganz allgemein intelligente Strukturen für eine an den Menschen und an der Umwelt orientierte Ernährungspolitik der kommenden Jahrzehnte geschaffen werden.

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf einen Dialog mit den betroffenen gesellschaftlichen Stakeholdern und Gruppen, Expertinnen und Experten und berücksichtigt deren Expertise und Empfehlungen.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit wird gestärkt, der interdisziplinäre Austausch über die föderalen Ebenen hinweg gefördert und die auf verschiedenen lokalen Ebenen bestehenden zivilgesellschaftlichen Initiativen werden noch besser miteinander vernetzt. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie soll institutionell verankert werden.

3. Wie packen wir es an?

(1) Vernetzung der zuständigen Ressorts stärken

Die Vernetzung der zuständigen Ressorts soll durch die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Nachhaltige und gesundheitsförderliche Ernährung“ unter Federführung des BMEL gestärkt werden.

Die IMAG soll zwischen den beteiligten Ressorts¹⁰⁰ agile Austauschformate etablieren, ggf. themenbezogen unter Einbindung der Länder und Kommunen. Dies soll die konstruktive Zusammenarbeit an Schnittstellen befördern.

Auf Beschluss der IMAG können Untergruppen eingerichtet werden, die sich mit Fokus auf die Umsetzung von Maßnahmen an strategischen Zielen der Ernährungsstrategie orientieren. Geplant sind aktuell Untergruppen zur Verbesserung der Gemeinschaftsverpflegung und zur Ernährungsarmut. Die Bildung von Untergruppen kann zudem orientiert an den jeweiligen Zielgruppen oder Lebenswelten erfolgen.

Die IMAG prüft auch, inwiefern eine ressortübergreifende Finanzierung von Maßnahmen möglich ist.

(2) Vernetzung Bund-Länder-Kommunen

Für den Bereich Ernährung existieren zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern etablierte Gremien und Abstimmungsverfahren für einen strukturierten regelmäßigen und rechtssicheren Austausch.¹⁰¹ Mit der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) existiert ein koordinierendes Gremium der Länder, das der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) sowie der Agrarministerkonferenz (AMK) zurarbeitet und in dem u. a. das BMEL ständiger

¹⁰⁰ BMEL, BMUV, BMG, BMBF, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), BMAS und Bundesministerium der Finanzen (BMF).

¹⁰¹ siehe auch Maßnahme „Netzwerkarbeit zwischen Bund und Ländern“ im Handlungsfeld Ernährungsbildung.

Gast ist. Die LAV-Arbeitsgruppe Gesunde Ernährung und Ernährungsinformation (LAV AG GEE) unterstützt die LAV beim Themengebiet Ernährung.

Das BMEL lädt zweimal jährlich zur Sitzung der Ernährungsreferentinnen und -referenten von Bund und Ländern ein und wird in diesem Rahmen u. a. regelmäßig über die Umsetzung der Ernährungsstrategie berichten, sich mit den Ländern dazu austauschen und beraten. Auch bestehende und künftige Fördermöglichkeiten und Projektfinanzierungen werden in den Sitzungen thematisiert.

Kommunen sind wichtige Akteure, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich einer gesunden und nachhaltigen Ernährung geht. Es wird geprüft, wie die kommunalen Strukturen wirksam unterstützt werden können.¹⁰²

(3) Vernetzung der Akteure, Einrichtung „Deutscher Ernährungstag“

Zur besseren Vernetzung aller Beteiligten wird ein „Deutscher Ernährungstag“ eingeführt, der jährlich stattfinden soll.

Die wechselnden Schwerpunktthemen adressieren die strategischen Ziele der Ernährungsstrategie, je nach Thema unter Einbindung der maßgeblichen Akteure und Schwerpunktzielgruppen.

Das BZfE nimmt wie bisher organisatorische Aufgaben im Zusammenhang mit weiteren Vernetzungsangeboten wahr (z. B. Runde Tische).

(4) Regelmäßige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern zur Umsetzung der Ernährungsstrategie

Um Erkenntnisse zu Wahrnehmung und Wirkung der Maßnahmen in der Bevölkerung zu erlangen, werden wir Bürgerinnen und Bürger durch Befragungen in die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie einbinden. Hierbei werden wir die unterschiedlichen Zielgruppen der Ernährungsstrategie berücksichtigen. Besonderen Wert legt die Bundesregierung auf die Beteiligung junger Menschen.

Ziel ist es, diese Befragungen wiederkehrend durchzuführen, um hierdurch Veränderungen oder Verstetigungen herauszufinden. Bei Bedarf können Schwerpunktthemen ergänzt werden. Zusätzlich kann im Zusammenhang mit Informationsmaßnahmen zu bestimmten Fragestellungen detailliertes Feedback eingeholt werden.

Auch die Empfehlungen des Bürgerrats des Deutschen Bundestags *„Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“*, der im Februar 2024 sein Gutachten vorlegen soll, sollen bei der Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie Berücksichtigung finden.

¹⁰² siehe auch Maßnahme „Gesundheitsförderung in Kommunen stärken, rechtliche Voraussetzungen und gemeinsame Präventionsstrategie weiterentwickeln“ im Handlungsfeld Prävention.

(5) Steuerung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie

Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie wird durch eine neue Governance-Struktur gesteuert und begleitet. Im BMEL wird dafür eine Geschäftsstelle geschaffen. Das BZfE übernimmt unterstützend organisatorische Aufgaben. Ein Begleitforum, das aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Interessenvertretungen besetzt ist, dient dem Austausch.

Steuerung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie



(a) Einrichtung einer Geschäftsstelle „Ernährungsstrategie“

Im BMEL wird eine Geschäftsstelle eingerichtet. Kernaufgaben sind die zentrale Steuerung, die regelmäßige Fortschrittskontrolle und Dokumentation der Maßnahmenumsetzungen.

Die Geschäftsstelle betreut die IMAG. Sie leitet Evaluationen ein und arbeitet an der Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie.

(b) Begleitforum „Umsetzung und Weiterentwicklung Ernährungsstrategie“

Für den Austausch und Feedback zu Umsetzung und Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie wird ab 2025 ein Begleitforum eingerichtet, das jährlich tagt. Es besteht aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Interessenvertretungen.

D. Kontinuierliche Forschung

1. Warum besteht Handlungsbedarf?

Die Bundesregierung benötigt für die Politikgestaltung fortlaufend aktuelle, wissenschaftliche Erkenntnisse. Die *Zukunftsstrategie Forschung und Innovation* ist die Dachstrategie der Bundesregierung für die Weiterentwicklung von Forschung und Innovation. Der Erkenntnis-transfer von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendung stellt einen Schwerpunkt der Strategie dar. Mission 2 der Zukunftsstrategie richtet sich dabei insbesondere auch auf das Ziel, mit gezielter Förderung von Forschung und Innovation „langfristige Ernährungssicherheit“ zu gewährleisten. Zudem stützt sich das BMEL wesentlich auf die Ressortforschung, wissenschaftliche Beiräte und Expertenkommissionen oder Fachgesellschaften sowie die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL). Die sechs Ressortforschungseinrichtungen bilden mit ihren Forschungsspektren u. a. die gesamte Wertschöpfungskette der Lebens- und Futtermittelproduktion ab. Einen klaren Fokus im Bereich Lebensmittel- und Ernährungsforschung hat das MRI. Das TI bereichert die Ernährungsforschung insbesondere durch seine Arbeit im Bereich der Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und der nachhaltigen Ernährung. Darüber hinaus trägt das UBA Arbeiten zur nachhaltigen Ernährung bei.

Das Deutsche Institut für Ernährungsforschung (DIfE), ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft, erforscht den Einfluss der Ernährung auf die Gesundheit, insbesondere mit Blick auf Prävention und Therapie ernährungsbedingter Erkrankungen.

Die durch das BMEL institutionell geförderte DGE hat 2022 Perspektiven für die Ernährungsforschung erarbeitet und veröffentlicht.¹⁰³ Auch der WBAE und der Wissenschaftsrat haben anzustrebende thematische, aber auch strukturelle Veränderungen im Bereich Ernährungsforschung aufgezeigt.¹⁰⁴

Die derzeit genutzten Daten zum Ernährungsverhalten und dem Ernährungsstatus der Bevölkerung in Deutschland stammen insbesondere aus der Nationalen Verzehrsstudie II (NVS II, 2005-2007, Erwachsene) des MRI, der „Ernährungsstudie als KiGGS-Modul II“ (EsKiMo II, 2015-2017, Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 17 Jahren) des RKI und der „Kinder-Ernährungsstudie zur Erfassung des Lebensmittelverzehrs“ (KiESEL, 2014-2017, Säuglinge, Kleinkinder und Kinder im Alter von 0,5 bis 5 Jahren) des BfR. Die Daten aus der NVS II sind veraltet und liefern somit kein verlässliches Bild des aktuellen Ernährungsverhaltens der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

¹⁰³ Ernährungs Umschau (2022): 69(12): 184–9. Unter https://www.ernaehrungs-umschau.de/fileadmin/Ernaehrungs-Umschau/pdfs/pdf_2022/12_22/EU12_2022_M662_M667.pdf.

¹⁰⁴ Siehe WBAE (2020): Gutachten sowie Wissenschaftsrat (2023): Perspektiven der Agrar- und Ernährungswissenschaften | Positionspapier; Köln. <https://doi.org/10.57674/vzz6-sw54>.

Auch im Gesundheitsbereich werden aktuelle Daten benötigt. Daher wird das Gesundheitsmonitoring des RKI neu konzipiert. Zusätzlich wird die NAKO-Gesundheitsstudie Erkenntnisse zur Entstehung von Volkskrankheiten und deren Einflussfaktoren liefern können. Die NAKO-Gesundheitsstudie ist die größte Kohortenstudie Deutschlands, die vom BMBF, den Ländern und der Helmholtz-Gemeinschaft finanziert wird und Einblicke in die Zusammenhänge von Volkskrankheiten, Ernährungsverhaltensweisen und weiteren Gesundheitsfaktoren ermöglicht.

2. Was ist unsere Zielsetzung?

Für eine wissenschaftsbasierte, zukunftsfeste Ernährungspolitik ist – neben bspw. ernährungsphysiologischen Erkenntnissen – insbesondere die Verbesserung der Datenlage über die Ernährungssituation, einschließlich Umwelt- und Klimaauswirkungen der Ernährung, ein wichtiges Fundament. Hierfür sind eine Stärkung der Ernährungsforschung in Deutschland sowie eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich, die offen ist für thematische Neuausrichtungen und strukturelle Veränderungen. Sie muss inter- und transdisziplinär ausgerichtet sein.

Mit der Förderung der vier Kompetenzcluster „Ernährungsforschung“ durch das BMBF wurde ein wichtiger Schritt zur strukturellen Stärkung der Ernährungsforschung in Deutschland bereits umgesetzt. Dadurch konnten die interdisziplinäre Ausrichtung, die Kapazitätsbildung (insbesondere des wissenschaftlichen Nachwuchses) sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungsforschung erhöht werden.

Es soll aufgezeigt werden, wie eine kontinuierliche Erhebung, Auswertung, Analyse und Interpretation von Daten zur Ernährungssituation und zu Forschungsschwerpunkten der Ernährungsstrategie gelingen kann. Für eine Wirksamkeitsüberprüfung der Ernährungsstrategie soll schrittweise bis 2027 eine eigene Indikatorik aufgebaut werden, die zunächst auf bestehende Daten zugreift. Die Strukturen der Forschungslandschaft im Geschäftsbereich des BMEL sollen geprüft und konkrete Veränderungsbedarfe eruiert werden. Der Ressortforschung kommt eine besondere Rolle zu, da sie dauerhafte Aufgaben, wie die Koordinierung des Nationalen Ernährungsmonitorings oder die Weiterentwicklung einer Nährstoffdatenbank für Lebensmittel (Bundeslebensmittelschlüssel, BLS), wahrnehmen kann.

Eine nachhaltige Prävention ernährungsmitbedingter Krankheiten soll auch durch erfolgreiche Kooperationen von Ernährungswissenschaft und angrenzenden Wissenschaftsdisziplinen (u. a. Medizin, Public Health, Sozialwissenschaften, Kommunikationswissenschaften) erreicht werden.

Frei zugängliche Daten bilden eine essentielle Grundlage für zahlreiche Forschungsvorhaben und für die Verbraucherinformation; Open Data erhält weltweit eine wachsende Bedeutung. Es sollen Wege zur Verbesserung der Datenverfügbarkeit gemeinsam mit betroffenen Akteuren identifiziert werden.

3. Wie packen wir es an?

(1) Optimierung der Forschungsstrukturen und Wirkungskontrolle

Das BMEL hat die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für eine innovative sowie inhaltlich und strukturell für die absehbaren Herausforderungen gut aufgestellte Ernährungsforschung im Ressortbereich beauftragt. Um Synergien zu nutzen, sollen sich Bundesforschungseinrichtungen (wie z. B. RKI, MRI und UBA) besser vernetzen und intensiver kooperieren. Thematisch verwandte Förderprogramme (z. B. BÖL, Förderprogramm Internationale Forschungsk Kooperationen zu Welternährung, EPS) und Schnittstellen und zu den angrenzenden Arbeitsbereichen der Gesundheitsforschung, der Lebensmittelforschung, der Agrarforschung und der Sozialforschung sollen identifiziert und die Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Es sollen mittelfristig finanzielle Mittel bereitgestellt und geeignete Methoden erarbeitet werden, um Forschungsmaßnahmen unabhängig und wissenschaftlich fundiert zu evaluieren. Die Implementationsforschung von Interventionsmaßnahmen im Nachhaltigkeits- und Gesundheitsförderungsbereich soll ausgebaut werden. Pilotprojekte sollen wissenschaftlich begleitet werden, um empirische Nachweise für den Erfolg von Maßnahmen zu erlangen. Dabei sollen, wo möglich, Indikatoren zugrunde gelegt werden, die auch Vergleiche mit anderen EU-Mitgliedstaaten erlauben.

(2) Aufbau einer nationalen Dateninfrastruktur für die Ernährungsforschung

Für Wirkungsindikatoren zur Ernährungsstrategie sollen die bestehenden Datengrundlagen gesichtet, handlungsfeldbezogene Output-, Outcome- und Impact-Indikatoren identifiziert und abgestimmt werden. Nationale Datenbanken, wie der BLS, leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag bei der Auswertung der Energie- und Nährstoffzufuhr im Rahmen von ernährungsepidemiologischen Studien und Verzehrerhebungen. Die systematische Erweiterung und Verknüpfung bestehender Datenbanken sind wichtig, um neue Forschungsansätze zu ermöglichen, redundante Forschung zu minimieren und Monitoringaufgaben zu vereinfachen.

Die bereits vorhandenen Daten in Datenbanken und Datenbeständen mit Bezug zur Ernährungsforschung sollen leicht auffindbar, intelligent miteinander verknüpft und kostenfrei zugänglich sein. Sukzessive soll eine Dateninfrastruktur mit großem Open Data-Anteil aufgebaut werden, auf die alle relevanten und beteiligten Einrichtungen zugreifen und Daten einpflegen können. Freiwillige Datenspenden sollen, wo sinnvoll, ermöglicht werden. Der Datenbestand ist permanent zu pflegen. Perspektivisch sind nicht nur ernährungsphysiologische Daten und Aussagen zum Ernährungsverhalten zu erfassen, sondern auch zu den Ernährungsumgebungen. Zudem sollen weitere Aspekte wie z. B. Nachhaltigkeitseffekte, Umweltaspekte und Daten zu Inhaltsstoffen von Lebensmitteln integriert und unter Einbezug des TI ausgewertet werden können.

Die Dateninfrastruktur sollte möglichst interoperabel zur Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) gestaltet werden, um Verknüpfungen mit Datenbanken thematisch nahestehender NFDI-Konsortien zu vereinfachen.

(a) Nationales Ernährungsmonitoring

Es soll ein verbessertes, fortlaufendes wissenschaftliches Monitoring des Ernährungsverhaltens und des Ernährungsstatus aller Bevölkerungsgruppen in Deutschland etabliert werden. Ziel sind regelmäßige, umfassende und bundesweit repräsentative Erhebungen zum Ernährungsverhalten und zum Ernährungsstatus.

Das Ernährungsmonitoring bezieht sich grundsätzlich auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland. Es wird die Schwerpunktzielgruppen der Ernährungsstrategie verstärkt in den Fokus nehmen. Das Nationale Ernährungsmonitoring wird vom MRI koordiniert und verantwortet.

(b) Aufbau eines systematischen Stillmonitorings

Die Entwicklung eines systematischen, standardisierten Stillmonitorings ist wesentlicher Bestandteil der *Nationalen Strategie zur Stillförderung*. Dadurch können gezielt Maßnahmen zur Stillförderung abgeleitet, geplant und umgesetzt sowie evaluiert werden. Zur Vergleichbarkeit und um Trends erkennen zu können, ist eine regelmäßige Erhebung von Daten unter Verwendung von standardisierten Definitionen und einheitlichen Indikatoren notwendig.

Das Institut für Kinderernährung am MRI baut ein systematisches Stillmonitoring auf. Dafür werden die Daten aus dem verpflichtenden Qualitätssicherungsverfahren Perinatalmedizin, das alle Geburten in Krankenhäusern abdeckt und den Stillstatus bei der Entlassung erfasst, ausgewertet. Zudem sollen die regelmäßigen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder für eine kontinuierliche Datenerhebung genutzt werden. Mittelfristig werden die im Rahmen des Stillmonitorings erhobenen Daten in regelmäßigen Abständen publiziert.

(c) Aufbau eines modernen, permanenten Lebensmittelmonitorings

Die Zusammensetzung der Lebensmittel in Deutschland soll systematisch erfasst und Veränderungen relevanter Nährstoffgehalte sollen permanent erhoben werden. Hierzu ist vorgesehen, den BLS am MRI weiterzuentwickeln und kontinuierlich auch im Hinblick auf die Nährstoffzusammensetzung neuer und neuartiger Lebensmittel zu aktualisieren. Ergänzend sollen die in Deutschland verfügbaren und aus öffentlichen Mitteln finanzierten Datenbanken zur Zusammensetzung von Lebensmitteln besser vernetzt werden. Die Erhebung von Zutaten und Nährstoffgehalten verpackter Lebensmittel soll verstetigt und verstärkt internetbasiert sowie KI-gestützt erfolgen.

Die Datensammlung zur Zusammensetzung von Lebensmitteln sollte in Bezug auf die Umweltaspekte der Produktion erweitert werden. Perspektivisch sollen Datenbanken zur Ökobilanz und zu ökologischen Kriterien zu den wesentlichen Umweltwirkungen der Produktion

von Lebensmitteln erstellt, aktuell gehalten und öffentlich zugänglich gemacht werden, wobei auf ersten Arbeiten des UBA und eine bestehende Ökobilanz-Datenbank (ProBas) in diesem Bereich aufgebaut werden kann.

Erste Ansätze, um den Wandel zu stärker pflanzenbetonten Ernährungsweisen¹⁰⁵ messbar zu machen, wurden in Ressortforschungsvorhaben wie z. B. dem STERN-Projekt¹⁰⁶ entwickelt und werden im Kontext des Nationalen Programms für Nachhaltigen Konsum (NPNK) sowie in Vorhaben zu Biodiversitätswirkungen diskutiert. Diese Ansätze sollen in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen weitergeführt werden.

(3) Studien zur Wirksamkeit von Ernährungskommunikation am Beispiel der lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen

Das BMEL fördert zur Stärkung der Forschung im Bereich Ernährungskommunikation ein Forschungsvorhaben zur Entwicklung und Evaluierung von Visualisierungen der lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen.¹⁰⁷ Visualisierungsmodelle und Kommunikationsmaßnahmen mit dieser Ausrichtung erhalten dadurch eine evidenzbasierte Grundlage. Entsprechende Studien sollen interdisziplinär angelegt werden und Querverbindungen zu Kommunikationswissenschaften, Psychologie, Medizin, Public Health und Sozialwissenschaften herstellen. Digitale Kommunikationskanäle sollen evaluiert und ein Content-Screening durchgeführt werden. Dabei soll auch das kommerzielle Kommunikationsumfeld mitgedacht werden.

(4) Weitere Leitinitiativen

Die im Folgenden genannten Forschungsthemen sollen in den Forschungskonzepten der Ressortforschungseinrichtungen verankert und bei künftigen Programmen zur Forschungsförderung schwerpunktmäßig berücksichtigt werden.

(a) Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Überprüfung wirksamer Maßnahmen in der Gemeinschaftsverpflegung

Um effektive Maßnahmen zur Qualität der Kita- und Schulverpflegung entwickeln zu können, müssen regelmäßig valide Daten erhoben und ausgewertet werden – etwa zur Qualität des Verpflegungsangebotes in Kitas und Schulen sowie zu Aspekten der Nachhaltigkeit und sozioökonomischen Aspekten. Die Datenlage in diesem Bereich ist auf Grund der variierenden Erhebungsmethoden in den Ländern in großen Teilen nicht vergleichbar. Nudging oder andere innovative Maßnahmen sollen auf Wirksamkeit überprüft werden.

¹⁰⁵ sog. Dietary Shift.

¹⁰⁶ <https://stern-projekt.org/de/ergebnisse>, FKZ 3720 31 102 0.

¹⁰⁷ siehe Cluster „Kommunikation und Umsetzung in die Praxis“ im Handlungsfeld Ernährungsempfehlungen.

(b) Forschung zu vulnerablen Zielgruppen und pflanzenbasierter Ernährung

Im Bereich Ernährung von vulnerablen Personengruppen wie Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, besteht weiterhin Forschungsbedarf. In lang angelegten Beobachtungsstudien soll u. a. herausgearbeitet werden, welchen Einfluss das Ernährungsverhalten und der Ernährungsstatus von Frauen während der Schwangerschaft auf die Ernährung und die Gesundheit ihrer Kinder hat (PEACHES-Studie). In Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, insbesondere in Kitas und Schulen, soll untersucht werden, welche Maßnahmen sich eignen, um die Ernährung zu verbessern. Denkbar sind z. B. Veränderungen von Menülinien.

Um die Datenlücken in Bezug auf vegetarische und vegane Ernährung zu schließen, sollen im Rahmen der COPLANT-Studie (COhort on PLANT-based Diets), der bisher größten geplanten Kohortenstudie zu pflanzenbasierter Ernährung im deutschsprachigen Raum, die gesundheitlichen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Vor- und Nachteile pflanzenbasierter Ernährungsformen erforscht werden.

(c) Forschungsschwerpunkt: Ernährungsarmut

Die Wissensbasis hierzu soll verbessert werden.¹⁰⁸ Im Rahmen des Nationalen Ernährungsmonitorings soll auch ein Fokus auf die Ernährungsarmut gelegt werden.

(5) Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

Vorgesehen sind die kontinuierliche Begleitung der Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in den Sektoren durch transdisziplinäre Forschung und darüber hinausgehende Forschung im nationalen, europäischen und internationalen Kontext. Diese Forschungsergebnisse können bei der Weiterentwicklung der *Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung* berücksichtigt werden.

(6) Forschungsschwerpunkt: Proteinstrategie

Innovative und insbesondere pflanzliche Proteinquellen und Alternativprodukte können eine gesunde und nachhaltige, pflanzenbetonte Ernährungsweise erleichtern. Im Rahmen der Proteinstrategie für Deutschland ist beabsichtigt, einen Forschungsschwerpunkt zu alternativen Proteinquellen zu entwickeln.

III. Ausblick

Gute Ernährung ist für die Gesundheit jedes einzelnen Menschen wichtig. Sie ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein entscheidender Beitrag zur Gesundheit des Planeten.

Angesichts der vielen Krisen, die wir als Gesellschaft zu bewältigen haben, wird eine neue Ernährungsweise immer wichtiger.

¹⁰⁸ siehe Maßnahme „Verbesserung der Wissensbasis in Bezug auf Ernährungsarmut“ im Handlungsfeld Soziale Aspekte der Ernährung.

Ernährung soll gesundheitsfördernd, nachhaltig, sozial gerecht und dabei (wirtschaftlich) resilient sein. Dazu haben wir als Bundesregierung mit der Ernährungsstrategie den Rahmen gesteckt. Wir haben kurz-, mittel- und langfristig ernährungspolitische Prioritäten gesetzt, relevante Handlungsfelder definiert und Maßnahmen benannt.

Wir verstehen die Ernährungsstrategie als dynamischen, lernenden Prozess, den wir weiterentwickeln und an sich ändernde Rahmenbedingungen anpassen. Die hier vorgestellten Maßnahmen sind nicht als abschließend zu verstehen, da wir auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Entwicklungen fortlaufend neue Maßnahmen erarbeiten und erproben bzw. Maßnahmen bei Bedarf anpassen. Wir werden die Strategie regelmäßig überprüfen und bei Bedarf aktualisieren sowie über den Fortschritt berichten und die umgesetzten Maßnahmen der Ernährungsstrategie dokumentieren.

Es allen Menschen leichter zu machen, sich gut – also gesund und nachhaltig – zu ernähren, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ressortübergreifend und auf allen Ebenen angegangen werden muss. Hier sind alle gefordert: Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Gesundheitssektor, Zivilgesellschaft sowie Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir als Bundesregierung haben mit der Ernährungsstrategie den Grundstein dafür gelegt.

Beginnen wir nun gemeinsam mit der Umsetzung!